Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Badisches Volksecho. 1946-1950
1950

16 (19.1.1950)

Visual Library

BADISCHES
VOLKSECHO

Verlag: Nordbadische Druck- und Zeitungsvertrieb G. m. b. H., Mannheim, S 3, 10. Fernruf Nr. 432 60. Redaktion: Mannheim, S 3, 10. Fernruf Nr. 415 85. Chefredakteur: Willy Grimm. Vertriebsfilialen: Mannheim-Neckarstadt, Mittelstr. 38, Ruf 509 35, Heidelberg, Rohrbacher Str. 13-15, Ruf 3421/25 - 01, Karlsruhe, Amalienstraße 69, Ruf 4023, Pforzheim, Westliche 77, Ruf 2596, Weinheim, Hauptstr. 88, Ruf 2419.

Volkszeitung für Baden

Erscheint täglich, außer an Sonn- und Feiertagen. Bezugspreis DM 2,50 einschl. Trägerlohn. Bei Postzustellung DM 2,05 zuz. DM —,54 Zustellgebühr. Bankverb.: Allg. Bankgesellschaft Mhm. Kto.-Nr. 140 77, Städt. Sparkasse Mhm. Kto.-Nr. 227. Postscheckamt Karlsruhe Kto.-Nr. 429 39. Anzeigenpreis: Siehe Anzeigenpreisliste 3. Anzeigen werden entgegengenommen in Mannheim, S 3, 10, Ruf 432 60, und in den Vertriebsfilialen.

Jahrgang 5 / Nr. 16 — Donnerstag, 19. Januar 1950 — Preis 15 Pf.

Aus dem Inhalt:

Erfrorene Tote aufgestapelt

... vor den entsetzten Augen des Volkes

Wofür Adenauer-Regierung Geld hat

Propagandaplatte mit Sprung

Bonn in Aufregung über seine enthüllten Remilitarisierungs-Pläne

Amerikanische Zeitung gibt bekannt, wie Dr. Adenauers „deutsches Kontingent" zu einer europäischen Armee aussehen soll: Infanterie- und Panzereinheiten unter Hitler-General von Manteuffel

Bonn. In den Regierungskreisen in Bonn herrscht große Aufregung darüber, daß ausgerechnet die konservative „New York Herald Tribune" in einem großen Eigenbericht die militärischen Verbindungen und Aufrüstungspläne Dr. Adenauers enthüllte. Ein Dementi, das der CDU-Kanzler den Nachrichtenagenturen übergab, stieß allgemein auf Unglauben.

Die Zeitung gab bekannt, daß die Erklärung, die Adenauer auf Forderung der KPD-Fraktion im Bundestag zur Frage der Remilitarisierung abgab, gar nicht von ihm selbst formuliert ist, sondern von Hitlers Panzer-General Kurt von Manteuffel, der als Angehöriger der von der NSDAP protegierten jüngeren Generals-Clique um Schoerner, Krebs etc. bekannt ist. Hinter Manteuffel, der noch heute wegen seiner „Tätigkeit" in der Ukraine berüchtigt ist, steht ein getarnter Offiziersverband, der sich selbst als „Bruderschaft" bezeichnet, und seine Büros in Hamburg, Hannover, Düsseldorf und München hat, die sich offiziell vorläufig noch mit „Unterstützungsfragen" befassen, in Wirklichkeit jedoch einen Kern von Berufssoldaten für die Aufstellung einer neuen Armee aus deutschen Jugendlichen organisieren.

Dr. Adenauer, so meldet das Blatt, das über ausgezeichnete Beziehungen zum Hochkommissar McCloy verfügt, steht auf dem Standpunkt, daß er „das deutsche Offizierskorps nicht aus der deutschen Politik ausschalten kann" und hat sich deshalb mit den Kommandeuren des zweiten Weltkrieges verbündet. Der Plan besteht darin, offiziell die Schaffung eines „deutschen Kontingents innerhalb einer internationalen Armee" zu propagieren, wie dies Adenauer in seiner bekannten Erklärung auch aussprach, gleichzeitig aber die erste Infanterie-Division bis Mitte 1950 und die erste Panzer-Division spätestens 1951 einsatzbereit zu formieren. Die Bestürzung über diese Veröffentlichung ist in Bonn um so größer, da man bereits über den heftigen Widerstand der Bevölkerung gegen Adenauers erste Erklärung überrascht war und nun mit einem Sturm von Resolutionen, Demonstrationen und Streiks in Westdeutschland rechnet, da vor allem die neugeschaffenen Friedenskomitees keinen Zweifel daran gelassen haben, daß sie entschlossen sind, die schärfsten Kampfmittel gegen diese mörderischen Regierungspläne in Anwendung zu bringen.

Nach Brauers Amerikareise

6000 öffentliche Bedienstete in Hamburg vor der Entlassung

Hamburg. (EB) Nach einer Anordnung des Hamburger SPD-Senats sollen bis zum 1. April mindestens 6000 öffentlich Bedienstete der Hansestadt entlassen werden. Darüber hinaus sollen die Dienststellen der Hamburger Behörde Vorschläge zur Verlängerung der Arbeitszeiten und zur Kürzung des Urlaubs des verbleibenden Personals einreichen. Zur Begründung der unsozialen Maßnahmen wiesen zuständige Stellen auf die immer größer werdende Geldnot hin. Der Senat hat seine Anordnungen ohne vorherige Verständigung der Bürgerschaft getroffen, obwohl das Stadtparlament die einzig zuständige Instanz für einen Personalabbau in der Hamburger Verwaltung ist.

Staatsmonopole für wichtige Ausfuhrartikel Chinas

Peking. (EB) Zwei wichtige Ausfuhrartikel Chinas, Schweineborsten und Pflanzenöle, sollen nach einer Meldung des chinesischen Rundfunks unter staatliche Kontrolle gestellt werden. China befriedigt 70 Prozent des Weltborstenbedarfs und liefert den Hauptanteil an Pflanzenöl zur Herstellung von Farben. Die Borstenausfuhr wird vom Staate übernommen. Die kleinen Privatfirmen können auf Grund einer einheitlichen Preisliste als Verkaufsvermittler tätig sein. Der Ankauf, die Verarbeitung und der Absatz des Oeles werden ebenfalls verstaatlicht.

Unabdingbare Grundrechte des Parlaments

Der Landtagsabgeordnete Lehmann protestiert bei der Hohen Alliierten Kommission gegen seine Anklage

Hannover. (EB) „Gegen die Mißachtung demokratischer Grundrechte durch ein der Hohen Kommission unterstelltes Organ — nämlich des Niederen Militärgerichts zu Hannover — erhebe ich hiermit Protest" — so heißt es in einem Schreiben, das der niedersächsische Landtagsabgeordnete Robert Lehmann an die Hohe Alliierte Kommission in Bonn (Petersberg) richtete.

„Als vom Volke gewählter Abgeordneter genieße ich die Immunität. Trotz dieser Immunität hat das obengenannte Gericht gegen mich eine Anklage erhoben und mich mit Verhaftung bedroht, falls ich dieser ungesetzlichen Handlung des Gerichtes keine Folge leiste und nicht zum Termin erscheine.

Mir ist bekannt, daß durch das Besatzungsstatut Angehörigen, Angestellten und Vertretern der Alliierten Streitkräfte die Immunität vor deutschen Gerichten zugebilligt wird. Ich kann jedoch nich glauben, daß die Hohe Kommission aus diesen Sonderrechten, die Ausländern zugesprochen wurden, ableitet, daß die Immunitätsrechte deutscher Abgeordneter vor Gerichten der Hohen Kommission aufgehoben sind. Vielmehr wurde von den drei Westmächten bei Bildung der Hohen Alliierten Kommission ausdrücklich festgelegt:

„Die Beachtung des Grundgesetezes und der Landesverfassungen gehört zu den Aufgaben der Hohen Kommission" —.

Im Grundgesetz heißt es:

„Wegen einer mit Strafe bedrohten Handlung darf ein Abgeordneter nur mit Genehmigung des Bundestages zur Verantwortung gezogen oder verhaftet werden; es sei denn daß er bei Begehung der Tat oder im Laufe des folgenden Tages festgenommen wird."

Dieses Grundgesetz ist ausdrücklich von den damaligen drei Militärgouverneuren bestätigt worden.

Die Bestimmungen des Grundgesetzes gelten — wie Artikel 28 des Grundgesetzes festlegt — sinngemäß für die Landtage. Der Niedersächsische Landtag bestätigte am 10. März 1949 einstimmig den Grundsatz, daß „die Immunität deutscher Abgeordneter auch vor britischen Militärgerichten anerkannt" werden müsse. Die Inanspruchnahme des Immunitätsrechtes ist keine Angelegenheit eines einzelnen Abgeordneten, sondern ein unabdingbares Grundrecht des Parlaments. Nur das Parlament kann die Immunität aufheben und den Abgeordneten berechtigen, einer Gerichtsladung Folge zu leisten. Ich würde also meine Pflicht als Abgeordneter gröblichst verletzen, wenn ich dieses Recht der Immunität nicht verteidigen, sondern preisgeben würde.

Außerdem hat der Präsident des Niedersächsischen Landtages, Olfers, im Namen des Aeltestenrates vor dem Landtag erklärt, daß meine Immunität selbstverständlich auch gegenüber den Militärgerichten bestehe.

Ich muß deshalb schärfstens dagegen protestieren, daß ein der Hohen Kommission unterstehendes Organ, nämlich das Niedere Militärgericht zu Hanover, den Versuch unternimmt, die Rechte und Beschlüsse des Niedersächsischen Landtages außer Kraft zu setzen und mich zu einer ungesetzlichen Handlung veranlassen will."

Abschließend schrieb der Abgeordnete Lehmann, daß sich aus dem dargelegten Tatbestand ergebe, daß er nicht in der Lage ist die gegen ihn erhobene Anklage zur Kenntnis zu nehmen und vor dem Niederen Militärgericht zu Hannover am 24. Januar 1950 zu erscheinen.

„Gegen die von seiten des Niederen Militärgerichts mir angedrohte Verhaftung durch die ich meiner Bewegungsfreiheit als Abgeordneter beraubt werden soll, protestiere ich ausdrücklich."

Ist der Verrat am Saargebiet perfekt?

Bonner Kabinett mit wirtschaftlichem Anschluß der Saar an Frankreich einverstanden

Bonn. (SID) „Gegen den wirtschaftlichen Anschluß der Saar an Frankreich haben wir ja gar nichts", gab der Sprecher des Kabinetts Adenauer vor der Bundespressekonferenz bekannt. Adenauer bemühe sich um ein deutsch-französisches Gespräch über die Saarfrage, zu dem auch die Hoffmann-„Regierung" aus Saarbrücken hinzugezogen werden soll.

Aus den bisherigen Aeußerungen des Saarlandkabinettchefs sei nicht zu entnehmen, daß dieser geneigt sei, an derartigen Besprechungen teilzunehmen. Gründe dafür, wieso sich Herr Adenauer für den wirtschaftlichen Anschluß der Saar an Frankreich ausspricht, während er sich andererseits dem wirtschaftlichen Anschluß der Saargruben auf der Basis einer 50jährigen Verpachtung widersetzt, wurden nicht bekanntgegeben. An diesem Widerspruch ist erneut zu erkennen, daß das Interesse der deutschen Schwerindustrie und damit Adenauers nur den Kohlengruben gilt. Die deutschen Menschen an der Saar sind ihnen völlig gleichgültig.

Die Saar war und ist deutsch

Der wegen seines entschiedenen Kampfes gegen den wirtschaftlichen und politischen Anschluß der Saar an Frankreich aus dem Saargebiet ausgewiesene Bundestagsabgeordnete Otto Niebergall äußerte zu dem plötzlichen Interesse, das die Herren Heuß und Adenauer am Saargebiet zeigen: „Die Kommunistische Partei Deutschlands war und ist der einzige Vertreter der Saarbevölkerung, die sich nach wie vor gegen einen wirtschaftlichen und politischen Anschluß an Frankreich zur Wehr setzt. Die Saar war und ist deutsches Gebiet. Diese Ansicht wird von allen fortschrittlichen Kräften in Frankreich, an der Spitze die Kommunistische Partei Frankreichs, geteilt. Es hat bis heute noch keine Abstimmung über diese lebenswichtige Frage stattgefunden und das Hoffmann-Kabinett in Saarbrücken ist nicht befugt, im Namen der Saarbevölkerung seine Politik des Anschlusses der Saar an Frankreich durchzuführen. Die Ausweisung Deutscher, die sich für die Rückführung der Saar an Deutschland einsetzen, ist ebenso wie die Knebelung und die ständig sich wiederholenden Verbote der „Neuen Zeit", des Organs der Kommunistischen Partei, ein Beweis, daß Hoffmann und sein Kabinett die wahre Meinung der Saarbevölkerung durch Terror unterdrücken will."

Französische Schiffe müssen weiter ankern

„Ile de France" hat durch den Dampfer „De Grasse" Gesellschaft bekommen

Le Havre. Die Besatzung des französischen Dampfers „De Grasse" hat sich dem Streik des 800 Mann starken Personals des französischen Luxus- und Riesendampfers „Ile de France" angeschlossen. Gleichfalls konnten keine Versuche der Schiffahrtsgesellschaften erreichen, daß der Streik der Hafenarbeiter von Le Havre durchbrochen wurde.

Auf der „Ile de France" macht sich eine merkwürdige Schwierigkeit für die Reeder bemerkbar. Der Ozeanriese hat eine Ladung von 60 Tonnen Roquefortkäse an Bord, der allmählich anfängt, überreif zu werden und die Luft verpestet. Die Schiffahrtsgesellschaft hat Angst, daß, wenn der Käse nicht bald ausgeladen wird, der nachhaltend intensive Geruch für eine beträchtliche Zeit Passagiere von der Benützung des Schiffes abhalten wird. (Nach INS.)

Ungarn wehrt den Friedensstörern

Berlin. (EB) Die ungarische Regierung wies ein ihr auf Betreiben der amerikanischen und britischen UN-Delegation vom Haager Internationalen Gerichtshof gestelltes Ansinnen zurück, zu einem angeblichen Verstoß gegen Bestimmungen des Friedensvertrages Stellung zu nehmen.

Schweiz erkennt Volksrepublik China an

Berlin. (EB) Die Schweiz hat sich zur de jure Anerkennung der Volksrepublik China entschlossen.

Ein Zeichen der Großmut

Gerhard Eisler über die Auflösung der Internierungslager

Berlin. (EB) „Wir betrachten die Auflösung der Internierungslager als ein Zeichen der Großmut der sowjetischen Regierung und als ein Zeichen des Vertrauens in die Deutsche Demokratische Republik", erklärte der Leiter des Amtes für Informationen Gerhard Eisler auf einer Pressekonferenz, in deren Verlauf der Staatssekretär im Ministerium des Innern der Deutschen Demokratischen Republik Einzelheiten über die Auflösung der Internierungslager bekannt gab.

Eisler betonte, daß die Deutsche Demokratische Republik stark genug ist, um alle die Internierten, die aus den großen Internierungslagern freigelassen wurden, als ihre gleichberechtigten Bürger aufzunehmen. „Die demokratischen Kräfte sind heute so gefestigt", sagte Eisler, „daß eine Gefahr von den aus den Internierungslagern Entlassenen nicht mehr besteht."

„Das Interesse der deutschen Werktätigen, wie des deutschen Volkes überhaupt," fuhr Eisler fort, „erfordere in allen Fällen, in denen Agenten der angloamerikanischen Imperialisten als Hetzer und Spione erwischt würden, daß die Organe der Republik rücksichtslos eingreifen". Eisler schloß: „Wir wünschen den Freigelassenen, die ihre schwere Schuld durch die Internierung gebüßt haben, eine ehrliche und glückliche Zukunft."

Polen ergreift Gegenmaßnahmen

Berlin. (EB) Gezwungen durch die nicht abreißenden polenfeindlichen Vorkommnisse in Frankreich wies die polnische Regierung 21 französische Staatsangehörige aus und bezeichnete sechs weitere als in Polen unerwünscht.

Im Streiflicht gesehen

Von „Jungfrau Johannas Tod" erschüttert und darüber gestorben

Toulouse. Eine Filmszene von der Verurteilung Johannas von Orleans zum Tode erschütterte die 60jährige Madame Soledad Ferrer Asencio so stark, daß sie im Lichtspieltheater von Grenade (Südfrankreich) tot zusammenbrach. Frau Asencio sah sich die französische Fassung des amerikanischen Films „Johanna von Orleans" mit Ingrid Bergman an (Nach Reuter.)

Insel Hiddensee von Eis blockiert

Stralsund. Die westlich von Rügen gelegene Insel Hiddensee ist seit einigen Tagen völlig vom Eis blockiert. Der Bodden zwischen Hiddensee und Rügen ist so vereist, daß kein Schiff durchkommt. Die 1500 Inselbewohner haben Lebensmittel bis Ende Februar.

Ein Küßchen in Ehren ...

Berlin. Ein Kuß in der Silvesternacht braucht keinesfalls ehewidrig zu sein, entschied das Schwurgericht in Moabit und sprach die 30jährige Margarete B. vom Vorwurf des Meineides frei. Die aus Wien stammende Angeklagte hatte 1947 in einem Ehescheidungsprozeß geschworen, daß sie mit dem von ihr geküßten Mann keine ehewidrigen Beziehungen unterhalten habe. Vor dem Schwurgericht sagte sie, in ihrer Heimatstadt wären alle Ehen scheidungsreif, wenn man ein harmloses „Busserl" als ehewidrig ansehen werde.

Wie Du mir, so ich Dir

Rom. Als die von ihrem Ehemann braun und blau geschlagene Frau Assunta Giuli mit Verbänden umwickelt aus dem Krankenhaus entlassen wurde, sagte sie zu den Aerzten: „Sie werden bald mehr zu tun bekommen." Eine halbe Stunde später fand sich ihr Ehegesponst mit tiefen Kratzwunden im Gesicht zur Behandlung in dem gleichen Krankenhaus ein. (Nach Reuter.)

Bestechliche Wissenschaft

Rom. Im Mai werden sich 116 Studenten und Professoren der Universität von Rom vor Gericht zu verantworten haben, weil sie seit 1944 Vorlesungsbelege fälschten und Prüfungsergebnisse „frisierten". Studenten, die den Vorlesungen fernblieben, wurden gegen Zahlung eines entsprechenden „Abstandes" akademische Grade zuerkannt. (Nach Reuter.)

Raubüberfall nach Wild-West-Vorbild

Landshut. Zwei Schüler im Alter von 17 und 21 Jahren drangen mit bunten Tüchern bis zu den Augen vermummt, in ein Landshuter Baugeschäft ein und forderten den Inhaber auf, „das Geld herauszurücken". Unter einem Vorwand gelang es dem Geschäftsinhaber, die beiden jugendlichen Banditen aus dem Büro herauszulocken und einzusperren. Die sofort benachrichtete Polizei hat die Beiden inzwischen ermittelt. Es sind Söhne aus angesehenen Landshuter Familien, die angeblich durch den Besuch von Abenteuerfilmen auf den Gedanken gekommen sind, selbst einmal einen Ueberfall zu veranstalten.

Mao besichtigt Leningrad

Leningrad. Der Führer der chinesischen Kommunisten, Mao Tse Tung, besichtigte Leningrad und besuchte u. a. eine Ballettvorstellung in der Kirow-Oper. Danach fuhr Mao Tse Tung nach Moskau zurück.

Auf einmal den Mann und drei Kinder verloren

Angers (Westfrankreich). Bei einem Bootsunglück auf der Loire ertrank ein Vater mit zweien seiner Kinder. Die Mutter erhielt die Nachricht gerade in dem Augenblick, als ihr zweijähriges Kind an einer Lungenentzündung in ihren Armen gestorben war.

Lächelnd beim Urteil über seinen Mord

Bologna. Lächelnd nahm der 16jährige Alessantro Marani in Bologna seine Verurteilung zu 29 Jahren Zuchthaus entgegen Er wurde überführt, einen siebenjährigen Jungen kaltblütig ermordet zu haben. Ursprünglich wollte er das Kind nur entführen und versteckt halten, um den Eltern ein Lösegeld von 5 Millionen Lire zu erpressen.

Die reaktionären Maßnahmen des US-Imperialismus werden scheitern

Mao Tse Tung an die Kommunisten der Vereinigten Staaten

New York. (Nach Reuter) Mao Tse Tung hat die Kommunisten der Vereinigten Staaten einen Brief gesandt. In dem Schreiben an den Generalsekretär der Amerikanischen KP, Eugene Dennis, heißt es: „Unser Sieg in China kann von dem gerechten Kampf nicht getrennt werden, den die Arbeiterklasse und die gesamten fortschrittlichen Kräfte in der ganzen Welt führen. Wir sind fest davon überzeugt, daß alle reaktionären Maßnahmen der amerikanischen Imperialisten unvermeidlich an der vereinten, gewaltigen Kraft des amerikanischen Volkes und der Völker der ganzen Welt scheitern werden".

Maos Flottenzuwachs

Hongkong. (Rdfk.) Bei den 13 Schiffen, deren Besatzungen in Hongkong zu den Kommunisten übergegangen sind, handelt es sich um eine Gesamttonnage von 20 000 Tonnen. Es ist zu erwarten, daß weitere 70 bis 80 Schiffe zur Regierung der chinesischen Volksrepublik stoßen.

Offiziere und Mannschaften der in Hongkong vor Anker liegenden Schiffe der chinesischen Handels - Dampfschiffahrtsgesellschaft teilten dem Hongkonger Gewerkschaftsverband mit, daß sie Anweisungen aus Peking erwarten.

Es wird damit gerechnet, daß die Schiffe bei der bevorstehenden Landung der Truppen Mao Tse Tungs auf Formosa eingesetzt werden.

Die „erstaunlichsten Ergebnisse"

New Yorker Zeitung berichtet über den Aufbau in Polen

Warschau wird in Zukunft die Zusammenarbeit mit der Deutschen Demokratischen Republik und der Tschechoslowakei noch enger gestalten, schreibt die „New York Herald Tribune" zum Beginn des Sechs-Jahres-Planes in Polen. Halbfertigwaren der polnischen Stahl- und Eisenindustrie werden in Sachsen weiter verarbeitet. An der polnisch-tschechoslowakischen Grenze gäbe es eine Reihe von Industrien, deren Herstellungsprozeß von der einen Seite begonnen und von der anderen Seite vollendet werde.

Alle Besucher setze der eindrucksvolle Wiederaufbau Warschaus in Erstaunen, erklärte das Blatt weiter. In Polen würden die „erstaunlichsten Ergebnisse" erzielt. Allein die Kohlenproduktion stieg von 40 Millionen Tonnen 1946 auf 74 Millionen Tonnen im Vorjahr.

Diese Aufbauerfolge beruhen auf programmatischer Arbeit und der Planwirtschaft. Sie wurden in einem Lande errungen, das nach Beendigung des Krieges in Schutt lag und dessen Hauptstadt 700 000 Tote zu beklagen hatte, doppelt so viel, wie die polnischen Kriegsopfer.

BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK
Baden-Württemberg

Die Kritik derer, die Kanonen und Butter wollen

Ein Bericht des „Komitees für die Entwicklung der Wirtschaft", einer Interessenvereinigung von Unternehmern der Konsumgüter-Industrie, gibt zu der Schlußfolgerung Anlaß, daß sich in den USA die Entwicklung zur staatsmonopolistischen Kriegswirtschaft und damit zur Militarisierung und Faschisierung des gesamten öffentlichen Lebens vollzieht, wie sie in Deutschland mit dem Machtantritt Hitlers begann.

Dieser Interessenverband hat erkannt, daß dadurch, daß der Staatsapparat der USA von Tag zu Tag immer mehr ein Herrschaftsinstrument in der Hand weniger Rüstungsmonopolisten wird, es mit der vielgerühmten „freien Wirtschaft" in den USA bald ein jähes Ende nehmen wird. In seiner Erklärung heißt es:

„Je mehr Regierungskäufe den Markt beherrschen, desto mehr werden die Geschäftsleute in Wirklichkeit ausführende Organe von Regierungsverträgen. Der freie Markt wird dadurch eingeengt . . . Wenn dies weit genug durchgeführt wird, kann die Ausdehnung der Regierungskäufe eine freie Wirtschaft zerstören."

Der Interessenverband der Konsumgüter-Industrie hat offenbar erkannt, daß, wie der bekannte deutsche Wirtschaftstheoretiker Jürgen Kuczynski schon bei einer Analyse des Wesens des deutschen Faschismus feststellte, dieser „ein Paradies für die Schwerindustrie", aber „ein Fegefeuer für die Konsumgüter-Industrie" ist. Fast wäre man versucht anzunehmen, diejenigen, die den Bericht ausgearbeitet haben, hätten bei Kuczynski „Die Geschichte der Lage der Arbeiter" (Band II, 1933-45, Seite 75) gelesen:

„Trotz der wachsenden Ansprüche der Armee, Flotte und der Luftmacht an die Konsumgüterproduktion, blieb ihre Produktion während des ganzen Krieges unter dem Niveau des Jahres 1939. Wenn wir gleichzeitig uns daran erinnern, daß ja nicht nur die Armee immer mehr Uniformen verlangte, sondern daß auch viele fremde Arbeiter nach Deutschland kamen, dann wird diese Entwicklung der Konsumgüterindustrie noch eindrucksvoller."

Davon, daß der Interessenvereinigung die Entwicklung in den 30er Jahren zu denken gab, zeugt jedenfalls die folgende Feststellung:

„Die neuen Milliarden Steuergelder schwächen den notwendigen Anreiz für die erfolgreiche Arbeit unserer freien Wirtschaft. Sie können neue Unternehmungen drosseln und unsere Fähigkeit vermindern, Kanonen und Butter zu erzeugen."

Weil die Vertreter der Konsumgüter-Industrie befürchten, daß vor lauter Kanonen keine Butter mehr erzeugt wird, fordern sie den Einbau von zivilen Beratern in den militärischen Apparat. Deshalb fordern sie auch, daß

„der Vorhang der Verschwiegenheit (in militärischen Fragen) nicht dichter gezogen wird, als notwendig."

Aus ihrem Drang heraus, auch noch etwas mitverdienen zu wollen, kommen sie zu der Feststellung:

„Die militärischen Maßnahmen werden auf Kosten der nichtmilitärischen überschätzt. Ein guter diplomatischer Dienst, die Verstärkung der ‚Stimme Amerikas' und ein wirksames Spionagesystem würden, verglichen mit den Ausgaben für Waffen, verhältnismäßig wenig kosten."

Aus dieser wirtschaftlichen Lage heraus wächst auch — ihr Widerstand wäre vielleicht zu viel gesagt — aber jedenfalls ihre scharfe Kritik am gegenwärtigen, auf die Faschisierung Amerikas gerichteten Kurs. Sie beklagen sich darüber, daß „das Sicherheitsprogramm unsere Freiheit und unsere Lebensweise bedroht," daß die Bürokratie verheerende Formen annimmt und die Zensur in Friedenszeiten eingeführt wird.

„Besonders wenn diese Entwicklung mit Furcht und Hysterie oder mit Selbstzufriedenheit und Unwissenheit verbunden ist, kann sie eine Politik hervorrufen, die im Namen der Sicherheit die wesentlichen Freiheiten in Gefahr bringt."

Eine beachtliche Kritik zieht sich durch folgende Stellen des Berichtes:

„Es entsteht eine Bedrohung unserer Freiheit, wenn die loyale Gesinnung jedes amerikanischen Bürgers in Frage gestellt wird . . . Eine Atmosphäre des Verdachts begünstigt das Wachstum der politischen Polizei. Agenturen mit Machtbefugnissen zu Untersuchungen entarten oft zu Organen der Unterdrückung und der Einschüchterung. Notwendige Loyalitätsprüfungen können in Hexenverfolgungen ausarten, die das ganze System der individuellen Freiheit bedrohen."

Daß diesen Kreisen die Gefahr der unmittelbaren Entwicklung zum Faschismus durchaus bewußt ist, beweist vor allem die Schlußfolgerung:

„Allgemeine Apathie und der Drang nach Sicherheit können uns auf einen gefährlichen Weg führen, einen Weg, der dort endet, was man am geeignetsten einen Kasernenhofstaat nennt."

Diese kritischen Feststellungen des „Komitees für die Entwicklung der Wirtschaft" sollten vor allem denjenigen in Deutschland zu denken geben, die noch von der Erhaltung einer liberalen „freien Wirtschaft" durch Anlehnung an die USA träumen. Nur ein Narr könnte behaupten, daß an der Abfassung dieses Berichtes kommunistische Einflüsse beteiligt waren. Dieser Bericht ist vielmehr ein Kronzeuge dafür, daß die Macht in den USA in die Hand von noch weniger Monopolisten übergeht, als dies schon bisher der Fall war, und daß Görings Parole „Kanonen statt Butter" fröhliche Urständ feiert.

Für Selbstbestimmung für das ganze deutsche Volk

Halle/Saale. (EB) „Wir fordern das Selbstbestimmungsrecht für das ganze deutsche Volk", heißt es in einer an das Verteidigungskomitee in Hannover gerichteten Entschließung des Kreisausschusses Wernigerode der Nationalen Front. Der Kreisausschuß erhebt Protest gegen die völkerrechtliche Anklage der Briten gegen acht ehrliche Deutsche, die nichts taten, als die Existenz von 120 000 deutschen Menschen zu verteidigen. „Wir rufen den Brüdern an Ruhr und Rhein zu", heißt es abschließend in der Resolution, „Euere Not ist auch unsere Not. Es gibt nur ein Deutschland."

Propagandaplatte mit Sprung

Sie stolpern bei ihrer Hetze an wahren Feststellungen

Im Lager der antikommunistischen Kriegshetzer und Verleumder herrscht Nervosität. Einer der wirksamsten Propagandaplatten — die Lüge „von den sowjetischen KZ" — hat Risse und Sprünge bekommen.

„Bischof D. Dr. Dibelius und Propst D. Dr. Grüber haben (wörtliche Erklärung Propst Grübers)

„in aller Offenheit bekundet, was wahr und unwiderlegbar ist: Das Leben in den sowjetischen Lagern ist bei weitem besser und angenehmer, menschenwürdiger als das Leben in den sogenannten Flüchtlingslagern Westdeutschlands"

und Bischof D. Dr. Dibelius bestätigte:

„die vorstehenden Äußerungen von Propst Grüber entsprechen meinen eigenen Wahrnehmungen . . ."

Diese Bekundung der protestantischen Kirchenführung ist den Flüchtlingen in Westdeutschland ein Beweis dafür, daß sie unter der „Demokratie des goldenen Westens" schlechter leben, als die Internierten in den sowjetischen Lagern.

Diese Bekundung der protestantischen Kirchenführung hilft also — indem sie die ablenkenden Propagandalügen zerschlug — den Ärmsten der Armen, ihre wahre Lage zu erkennen und für ihre Änderung auf Kosten der Großgrundbesitzer und Konzernherren, der Kriegsverbrecher und Währungsgewinnler zu kämpfen.

Und so ist die Flut der Vorwürfe und Beleidigungen gegen die geistlichen Würdenträger verständlich.

Der Kommentator des Norddeutschen Rundfunks erklärte, die Feststellungen von Bischof Dibelius und Propst Grüber verschlagen ihm einfach den Atem. Die nazistische „Kampfgruppe gegen Unmenschlichkeit" hat sofort die „Aussage eines soeben aus dem KZ Sachsenhausen entlassenen Häftlings" veröffentlicht („Frankfurter Rundschau", 10. 1. 1950). Man sieht und hört die bezahlten Agenten der antikommunistischen Kriegshetzer Gift und Galle spucken gegen die protestantische Kirchenführung, weil diese den Standpunkt vertritt:

„Die Kirche habe die Pflicht, unter allen Umständen bei der Wahrheit zu bleiben",

wie Bischof D. Dr. Dibelius am 8. 1. 1950 in seiner Kölner Predigt sagte. Bei Anerkennung dieser kirchlichen Wahrheitspflicht stellen sie sich aber in Gegensatz zur Meinung der amerikanischen „Neue Zeitung", daß die Verbreitung der Lüge ein erlaubtes Mittel antisowjetischer Hetze sei.

„Selbst wenn die Feststellungen objektiv zutreffen, so hat er der Sache, die er als Mann der Kirche selber vertritt, einen schlechten Dienst erwiesen."

schreibt sie wörtlich am 4. 1. 1950 zu den Erklärungen Propst Grübers.

„Ein derartiges Ansinnen, zur Schürung des „kalten Krieges" der deutschen Bevölkerung im Namen der Kirche bewußt die Unwahrheit zu sagen, in aller Öffentlichkeit an einen hohen geistlichen Würdenträger gerichtet, steht einzigartig in der deutschen Geschichte da." („Neues Deutschland", 8. 1. 1950).

Wahres Christentum läßt sich aber nicht gleichsetzen mit der westlichen Kriegs- und Hetzpropaganda. Und immer mehr aufrechte Deutsche wenden sich ab von den Plänen der westdeutschen Separatisten und bekennen sich zum Lager des Friedens und der Völkerverständigung und geben der Wahrheit die Ehre. W. F. C.

Wofür die Adenauer-Regierung Geld hat

Das Ministerium gegen die Deutsche Demokratische Republik verschlingt allein 3 766 200 DM in sechs Monaten

Bonn (EB). Die Durchführung aller dringenden sozialen Maßnahmen scheitert bei der Bonner Separatregierung am angeblichen Geldmangel. Jedoch für weniger wichtige oder gar unnütze Dinge ist man beim Ausgeben absolut nicht kleinlich. Vor den Wahlen sollten höchstens sieben Ministerien errichtet werden. Bei den Koalitionsverhandlungen wurden daraus aber dreizehn.

Das unnützeste aller „Ministerien" ist das Anti-Ost-Ministerium des Herrn Kaiser. Für die Hetze gegen die Deutsche Demokratische Republik und die Vertiefung der Spaltung werden für sechs Monate 3 766 200 DM verlangt. Diese Hetzzentrale beschäftigt 28 Beamte, 37 Angestellte und 14 Arbeiter. An Zuschüssen für ein „Forschungsinstitut für Kultur und volkspolitische Fragen" werden 3 Millionen DM beantragt und für die Ueberwachungsstellen in den Flüchtlingslagern 250 000 DM.

Um dem Vorsitzenden der „Deutschen Partei", Herrn Hellwege, einen Ministersitz zu verschaffen, wurde das sogenannte Koordinationsministerium eingerichtet. 314 000 DM werden dafür ausgeworfen, und 10 Beamte und 30 Angestellte und Arbeiter beschäftigt. Sogar einen Staatssekretär, seinen Parteifreund Dr. Meerkatz, braucht Minister Hellwege.

Der Marshall-Plan soll uns helfen, heißt es. Aber das Mashallplan-Ministerium des Bankiers Blücher verschlingt allein in einem halben Jahr 4 424 000 DM. Davon werden allein 1 214 720 DM für Gehälter an alte Diplomaten und Nazihelfer bezahlt. Der Umbau des Delegationsgebäudes in Paris verschlingt 300 000 DM.

Wieder „Neue Zeit" beschlagnahmt

Saarbrücken. Die Dienstag-Ausgabe der in Saarbrücken erscheinenden kommunistischen „Neuen Zeit" ist beschlagnahmt worden. Eine Begründung für diese Maßnahme wurde auch vom Informationsamt der Saarregierung verweigert.

Es gehört nicht viel dazu, die neuerliche Beschlagnahme der „Neuen Zeit" damit in Zusammenhang zu bringen, daß sie in einem Kommentar wahrscheinlich den Hintergrund der Schuman-Reise, die Verschwörung der deutsch-französischen Schwerindustriellen, beleuchtete.

Im Geiste sozialistischer Verpflichtung

Erhöhte Leistungen eröffnen Wahlkampagne in der UdSSR

Moskau. In der Sowjetunion hat nach dem Erlaß des Präsidiums des Obersten Sowjets über die bevorstehenden Wahlen in allen Betrieben eine Kampagne für erhöhte Produktionsleistungen eingesetzt. Damit wollen die sowjetischen Werktätigen ihren sozialistischen Verpflichtungen im Zusammenhang mit den Wahlen zum Obersten Sowjet der UdSSR besonderen Ausdruck verleihen.

Die Stachanowarbeiter der Staatlichen Moskauer Kugellagerfabrik haben beispielsweise beschlossen, im Zuge der Vorbereitungen zur Wahl den Plan für das erste Quartal 1950 bis zum 12. März zu erfüllen. Schon der erste Tag des Stachanowaufgebots brachte Erfolge. Die Schmiedewerkstatt des Werkes lieferte mehr als zehntausend Schmiedearbeiten über den Plan hinaus.

Aus Stalino wird gemeldet, daß überall im Donezbecken Versammlungen der Bergarbeiter stattfinden, auf denen erhöhte Produktionsleistungen anläßlich der bevorstehenden Wahlen beschlossen werden. Der Häuer Iwan Jaroschenko vom Trust „Stalinugolj", der gegenwärtig zwei bis zweieinhalb Tagesnormen erfüllt, hat sich verpflichtet, zu Ehren der Wahlen seine Leistungen auf drei bis dreieinhalb Normen täglich zu erhöhen.

Die Erfüllung des Plans für das erste Quartal 1950 mit 105 Prozent beschloß die Belegschaft des Maschinenbauwerks von Kaluga. Die Arbeiter verpflichteten sich ferner, durch Masseneinführung von Schnellverfahren bei der Metallbearbeitung und durch erhöhte Arbeitsproduktivität die Produktion je Maschineneinheit um 20 Prozent zu steigern.

Mit einem bedeutsamen politischen und produktionsmäßigen Aufschwung antworteten die Grubenarbeiter des Karagandabeckens auf den Erlaß des Präsidiums des Obersten Sowjets zu den bevorstehenden Wahlen. Ueberall in den Gruben fanden vor Beginn der Schichten Versammlungen statt, die diesem bedeutsamen Ereignis gewidmet waren. Die unter Leitung des Helden der Sozialistischen Arbeit Bashir Nurmagambetow arbeitende Gruppe hat die Verpflichtung übernommen, im Monat Januar 600 Tonnen Kohle überplanmäßig zu fördern und zum Wahltag ihrer Heimat ein zusätzliches Geschenk in Form eines Güterzuges mit Heizmaterial, das über den Plan hinaus produziert wurde, zu überreichen.

Bildung der Wahlkreise

Moskau. Gemäß den in der sowjetischen Verfassung und den vom Präsidium des Obersten Sowjets am 9. Januar erlassenen Bestimmungen über die Wahlen für den Obersten Sowjet der UdSSR sind in der Sowjetunion 671 Wahlkreise für die Wahlen in den Unionssowjet und 631 Wahlkreise für die Wahlen in den Nationalitätensowjet gebildet worden.

Erfrorene Tote aufgestapelt

Geheimnis um „Vermißte" gelüftet — Anklage gegen die Kriegshetzer von heute

Berlin. (Eig. Ber.) **Der bekannte deutsche Schriftsteller Paul Koerner-Schrader, der während des Krieges Einblick in die Geheimbefehle des deutschen Oberkommandos erhielt, enthüllt in seinem offenen Brief an die „Tägliche Rundschau" neues erschütterndes Material, aus dem hervorgeht, wie vor allem während des Winters 1941/42 in der Sowjetunion Hunderttausende von deutschen Soldaten elend umkamen, ohne daß ihre Angehörigen der Wahrheit gemäß vom OKW benachrichtigt wurden.**

In dem Brief Koerner-Schraders heißt es u. a.: „Wenn eine Stelle der Hohen französischen Kommission erklärt, daß lediglich durch die letzten Kriegsereignisse im Frühjahr 1945 über eine Million Gefallener nicht offiziell als Tote registriert wurden, so entspricht das nicht den Tatsachen. Schon im Winter 1941/42 wurden entsprechende Befehle an die Gräber-Offiziere gegeben, wonach die Zahl einer ganz bestimmten Kategorie Gefallener und Verstorbener zu verheimlichen war.

Als Angehöriger einer Krankentransportabteilung hatte ich Kenntnis von folgenden Vorgängen: Bereits um die Weihnachtszeit 1941 waren z. B. die ungeheuer anwachsenden Verluste und deren Verheimlichung Gegenstand einer Besprechung der Feldkommandantur der 18. I.-D. in Witebsk. Einer der Sprecher erklärte, daß eine Geheimhaltung im einzelnen unmöglich wäre, da die Truppenteile immer aus geschlossenen Heimatbezirken stammen und deshalb die Wahrheit durchsickern müßte. Es wurde dann den Truppenangehörigen verboten, Mitteilungen privater Natur an die Angehörigen Gefallener zu geben. Die zu Rate gezogenen Gräber-Offiziere gaben bekannt, daß sie nicht in der Lage wären, die Leichen ordnungsgemäß zu bestatten, da es ihnen an Personal mangele, um die Nachlässe der Toten vorschriftsmäßig zu verwalten, zu registrieren und an die Angehörigen zu versenden. Man scheute sich, die wahren Verluste bekannt zu geben. Es wurde u. a. vorgeschlagen, bei Benachrichtigungen anzugeben, daß der Tod bei Uebersetzungen über Flußläufe durch Unglück eingetreten wäre. Dem hielt ein anderer Sprecher entgegen, daß bei dem starken Frost ja die Gewässer von den schwersten Waffeneinheiten überschritten würden.

Das ist die Wahrheit!

Da durch den starken Frost und das Fehlen von Winterbekleidung die Zahl der Todesfälle durch Frostschäden erheblich wuchs, mußte man bespielsweise die Toten im Freien aufstapeln wie Eisenbahnschwellen, ohne eine Todesbenachrichtigung an die Verwandten zu schicken.

Alsbald fanden sich aber gelegentlich Angehörige derselben Truppenteile ein, um in den Stapeln nach Bekannten oder Verwandten zu suchen, so daß man Posten aufstellen ließ, die den Zutritt zu den Leichenstapeln verhindern mußten.

Man meldete diese Toten einfach als Vermißte. Es handelt sich hier um Einheiten einer schwäbischen Division, insbesondere um die Infanterie-Regimenter 352 und 353. Diese damals vermißt gemeldeten Toten konnten natürlich nie wieder auftauchen.

Mitte Januar 1942 wurde im Bereich des „Versorgungsgebietes Dnjestr" ein Befehl als „Geheime Kommandosache" versandt, in dem ganz präzise angeordnet wurde, daß alle an Frostschäden verstorbenen Unteroffiziere und Mannschaften als „vermißt" zu melden seien.

Dauernde Nachfragen von Angehörigen bestimmter Formationen ließen darauf schließen, daß diese überhaupt nicht benachrichtigt wurden. Es ist ganz klar, daß Hitlers OKW den Tod von Hunderttausenden von Gefallenen und Verstorbenen unterschlug, um die katastrophale Winterniederlage zu verschleiern.

Aufklärung könnte nur die restlose Veröffentlichung der Verlustlisten bringen, die sich in den Händen der Amerikaner befinden. Aber das entspräche nicht dem Zweck ihres Geschäftes."

„. . . vor den entsetzten Augen des Volkes"

Aus der Leichenrede Togliattis in Modena

In einem Staat der die Todesstrafe selbst für die gemeinsten Verbrechen abgeschafft hat, wurdet Ihr zum Tode verurteilt, und das Urteil wurde mitten in der Stadt vor den Augen des entsetzten Volkes standrechtlich vollstreckt . . .

Ihr habt nur eines gefordert, Arbeit, den Inhalt des Lebens aller, die würdig sind den Namen Mensch zu tragen. Eine Gesellschaftsordnung, die nicht in der Lage ist, allen Arbeit zu gewähren, die in ihr leben, ist eine verfluchte Gesellschaftsordnung. Verflucht sind die Männer, die, stolz darauf, die Macht in den Händen zu haben, sich zu Handlangern dieser verfluchten Gesellschaft machen und mit Waffengewalt und Mordtaten die menschlichste Forderung zurückweisen, die der Mensch stellen kann: die Forderung auf Arbeit.

Es ist schon gesagt worden, daß dieser Zustand aufhören muß. Es wurde schon gesagt: „genug". Wiederholen wir dieses „genug" alle zusammen und verleihen wir ihm die Feierlichkeit und die Kraft, die von unserer heutigen Zusammenkunft ausgeht. Das Wort „genug" zu sagen, reicht aber nicht aus, weil sich die Mordanschläge wie die Akte einer Tragödie in einem solchen Ausmaß folgen, wie dies noch nie vorher in unserem Lande geschehen ist. Es reicht nicht aus, „genug" zu sagen, wir müssen uns zu etwas mehr verpflichten.

Wir wollen den sozialen Frieden und den Frieden zwischen den Völkern. Auch dieser Regierung und den Männern, die sie führen, haben wir eine Politik der Entspannung und des Friedens vorgeschlagen und von ihr gefordert.

Millionen von Arbeitern, die unser Angebot und unsere Forderung unterstützten, hat man mit Feuerwaffen und mit Mord geantwortet. Diese Antwort müssen wir in Rechnung stellen. Angesichts dieser Antwort müssen wir eine neue Verpflichtung übernehmen.

Als Partei der Vorhut der Arbeiterklasse und des italienischen Volkes verpflichten wir uns im Bewußtsein unserer Kraft, die es uns ermöglichte, hundert Kämpfe erfolgreich zu bestehen, zu einem neuen größeren Kampf, zur Verteidigung der Sicherheit der elementarsten Bürgerrechte der Arbeiter. Wir verpflichten uns, eine solche Bewegung der Agitation, der Propaganda und der Organisation zu entfalten, die neue Millionen und Abermillionen von Arbeitern, die alle gesunden Kräfte des italienischen Volkes aufsaugt und in diesem Kampfe einigt. Wir verpflichten uns, eine solche Bewegung vorzubereiten und hervorzurufen, eine Bewegung, die aus dem tiefsten Herzen des Volkes emporsteigt, die auch die reaktionärsten Gruppen zurückweichen läßt, wie dies schon in der Vergangenheit der Fall war.

Wir haben eine Regierung von Zynikern, die sich noch nicht einmal damit beschäftigen, Licht auf die Umstände zu werfen, unter denen sich Mordanschläge wie dieser entwickeln können.

Wir haben ein Parlament, dessen Mehrheit vor den lebensnotwendigsten Fragen des Volkes gleichgültig, blind und taub ist. Laßt uns das ganze Land gegen diesen Zustand wach rütteln, der im Angesichte Gottes nach Rache schreit. „L'Unità", Rom.

Palmiro Togliatti, der Vorsitzende der KP Italiens

Gleich zwei Druckfehler

Als ob uns der berüchtigte Druckfehlerteufel einen besonderen Streich spielen wollte, waren in unserer gestrigen Ausgabe gleich zwei und dazu nicht kleine Druckfehler. In dem Artikel von Kurt Müller „Lenin — Liebknecht — Luxemburg(muß es im vorletzten Absatz lauten: „Die Partei darf keine Politik des geringsten Widerstandes betreiben; sie darf nicht hinter der spontanen Bewegung einhertrotten; sie darf nicht nur registrieren, sie muß den Kampf der Massen organisieren."

Ein zweiter Druckfehler ist in unserem Artikel „Internierungslager werden aufgelöst" enthalten. Als ob unsere Feinde selbst den Artikel redigiert hätten, heißt es, daß „dem Ministerium des Innern 300 432 Internierte zur gerichtlichen Untersuchung und Aburteilung übergeben werden." Es muß dagegen lauten, daß es sich um 3432 Internierte handelt.

Sie ehrten die Kämpfer für den Frieden

Werktätige Berlins an den Gräbern Karl Liebknechts und Rosa Luxemburgs

Berlin. (E. B.) 50 000 Berliner und Berlinerinnen aus allen Bezirken der deutschen Hauptstadt zogen am Montagvormittag zum Zentralfriedhof Friedrichsfelde zu den Gräbern der vor 31 Jahren ermordeten Vorkämpfer der Arbeiterbewegung Karl Liebknecht und Rosa Luxemburg. An der Spitze des unübersehbaren Zuges marschierten die Mitglieder des Parteivorstandes der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands. Ihnen folgten Abordnungen der Freien Deutschen Jugend und der Volkspolizei. Die Delegation des demokratischen Magistrats wurde von Oberbürgermeister Ebert angeführt.

In seiner Gedächtnisrede führte Hermann Matern, Mitglied des Parteivorstandes der SED, u. a. aus: „Karl Liebknecht und Rosa Luxemburg starben, weil sie gegen Kriegshetze und Reaktion kämpften. Die Idee, für die sie starben, hat heute unter der Führung von Generalissimus Stalin auf einem Drittel der Erde bereits gesiegt."

Die chinesische Partisanin Frau Wu An Wang-Jensen gab der internationalen Solidarität aller Schaffenden Ausdruck und erklärte, die Arbeiterschaft Chinas blicke mit großer Verehrung auf die Toten der deutschen Arbeiterbewegung.

Der Gedächtnisfeier wohnten Vertreter der sowjetischen Kontrollkommission sowie zahlreiche ausländische Abordnungen, darunter aus Polen, der Tschechoslowakei und Ungarn, bei.

Einige Häuser werden in Kehl freigegeben

Kehl. Heute sollen, wie das französische Kommissariat für das Land Baden der südbadischen Staatskanzlei mitteilte, zwei neue Abschnitte mit etwa 40 bebauten Grundstücken der überwiegend in französischer Verwaltung stehenden Stadt Kehl am Rhein von der französischen Behörde freigegeben werden.

Von den etwa 12 000 deutschen Einwohnern Kehls konnten bisher erst 600 zurückkehren; denn es konnten nicht mehr untergebracht werden, da die bisher von den Franzosen an die Deutschen zurückgegebenen Stadtteile größtenteils unbebautes Gelände sind. (Nach dpa.)

Montgomery unerwünscht

Amsterdam. (EB) Das Eintreffen des britischen Generals und Befehlshabers der „Westunion" in Amsterdam, hat unter den Einwohnern der Stadt lebhafte Proteste ausgelöst. Die Frauen Amsterdams führten eine Protestdemonstration durch. Plakate wie „Montgomery, fort aus unserer Stadt", „Wir wollen den Frieden", „Unsere Söhne werden nicht in den Krieg ziehen", waren auf den mitgeführten Plakaten zu lesen.

BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK Baden-Württemberg

Mit einem Federstrich verdienen sie Millionen

Durch fingierte Rechnungen werden Devisen erschwindelt — Westdeutsche Großunternehmer legen Kapital im Ausland an

Wie man auf leichte Weise reich wird und wie man außerdem seine sonstigen Einkünfte, ohne sie zu versteuern, in Form verschiedenster Devisenguthaben im Ausland anlegen kann, darüber berichtet uns ein Fachmann. Ein Mann aus der Branche. Er ist zwar nicht selbst Großimporteur, aber er hat Einblick, und zwar tiefen Einblick genommen. Hören wir, was er zu berichten weiß:

„Auf Grund des in Westdeutschland geltenden Importausgleich-Gesetzes müssen die Importeure für gewisse Warengattungen von den Verbrauchern zu tragende Abgaben entrichten. Die Beträge werden durch die Bank Deutscher Länder auf ein bestimmtes Konto gesammelt. Dieses Konto ist für Subventionen bestimmt. Es sollen mit diesem Geld die Einfuhrpreise derjenigen Waren, die auf dem Weltmarkt außerordentlich hoch liegen, in etwa ausgeglichen werden. Die Festsetzung der durch die Importeure abzuführenden, jedoch von den Verbrauchern getragenen Beträge erfolgt in der Form, daß den Importeuren der Abgabepreis vorgeschrieben wird, und zwar ohne Rücksicht darauf, zu welchen Preisen diese Waren aus dem Ausland bezogen werden. Uns liegt eine Kalkulation der bekannten „Cadbury"-Schokolade vor. Ihr Preis beträgt frei deutsche Grenze pro

1 kg	Dollar 0,74 = DM 3,12
+ durchschnittliche Fracht ab Grenze	0,10
+ Zoll	1,20
	DM 4,42
+ 3% Zollausgleichssteuer	0,14
	DM 4,56
+ Importeurspanne = Bruttoverdienst = 10% des vorgeschriebenen Importeurverkaufspreises von DM 7,—	0,70
	DM 5,26

Der Importeur muß jedoch dem Großhändler pro 1 kg 7 DM berechnen und den Unterschiedsbetrag in Höhe von 1,74 DM pro kg auf das Subventionskonto der Bank Deutscher Länder abführen.

Kauft nun der Importeur billigere Ware ein, so ist dieser abzuführende Betrag entsprechend größer. Wird vom Ausland teurere Waren bezogen, so verringert sich der abzuführende Betrag, denn dem Importeur ist der Abgabepreis an den Großhändler nun einmal vorgeschrieben, ohne Rücksicht darauf, ob er billiger oder teurer eingekauft hat. In jedem Fall muß der Importeur vom Großhandel 7 DM pro 1 kg verlangen und die Differenz an die Bank Deutscher Länder abführen. Im Hinblick auf die vorgeschriebene Verdienstspanne von 10 Prozent des Abgabepreises an den Großhandel könnte der Importeur also seine Schokolade im Auslande bis zu DM 4,80 pro 1 kg einkaufen. Da er in diesem Falle einschließlich seines ihm vorgeschriebenen Bruttoverdienstes und aller Spesen genau auf den festgelegten Importeur-Abgabepreis von DM 7 pro 1 kg käme, brauchte er natürlich nichts mehr an den Subventionsfonds der Bank Deutscher Länder abführen.

Gegen ein derartiges Verfahren, das dem Importeur keinen über seine Handelsspanne hinausgehenden Gewinn bringt, wäre im Grunde nichts einzuwenden. Den Nutzen aus dieser Manipulation trägt allein der Verbraucher, da die in dieser Weise eingekaufte Ware selbstverständlich von der für den Preis bestmöglichen Qualität ist.

Schund wird teuer verkauft

Unser Beispiel bezieht sich in diesem Falle nur auf Schokolade. Was jedoch für Schokolade gilt, die trotz des geringen Lohnniveaus ja auch einmal ein Arbeiter begehren könnte, gilt selbstverständlich auch für viele andere Waren, die aus dem Ausland mehr oder weniger eingeführt werden müssen.

Häufig werden jedoch derartige Importgeschäfte zu betrügerischen Manipulationen mißbraucht.

Der Importeur kauft vom ausländischen Exporteur möglichst billige Ware. Der Importeur läßt sich über diese Lieferung von der ausländischen Firma eine fingierte Rechnun ausstellen, in der die Preise so hoch sind, daß die Waren nach der Importkalkulation eben noch den vorgeschriebenen Importabgabepreis erreichen, der — wie schon erwähnt — unabhängig davon ist, ob die Ware teuer oder billig eingekauft wird. Der Importeur zahlt dem ausländischen Exporteur die in der fingierten Rechnung festgelegten Preise in voller Höhe mit den hierzu von seiner Bank freigegebenen Devisen, läßt jedoch von seiner ausländischen Lieferfirma die Differenz zwischen dem wahren Einkaufspreis und dem in der Rechnung angegebenen fingierten Einkaufspreis auf eine ausländische Bank einzahlen. Auf diese Weise erreichen gewisse Importeure, daß sie einerseits nur geringe Subventionspreise zahlen müssen, auf der anderen Seite sich jedoch nach und nach auf Kosten der breiten Masse im Auslande schwarze, der Kontrolle entzogene Devisenfonds anlegen können, die bei den hohen Einfuhren, auf die Deutschland angewiesen ist, langsam aber sicher zu beachtlicher Höhe anwachsen. Diese Devisenbeträge, die so dem Nutzen des an lebensnotwendigen Devisen armen Volkes entzogen werden, dienen skrupellosen Elementen zu den vielseitigsten, natürlich nur in ihrem rein persönlichen Interesse erfolgenden Manipulationen, wie z. B. Vergnügungsreisen, besonders jedoch Kapitalinvestieren im Ausland."

Soweit der Bericht unseres Gewährsmannes.

Deshalb: Wirtschaftliche Mitbestimmung

Gewiß, nicht alle Importeure handeln so. Aber schon mehrfach mußte, besonders nach der Währungsreform, auf die ungeheuren Hortungsgewinne gerade diese Kategorie hingewiesen werden. Wenn man weiß, wie etliche Großimporteure mit dem Ausland versippt und verschwägert sind, wenn man weiß, wie vielseitig die Fäden hin und herlaufen, dann kann man erst so recht ermessen, wie viel Möglichkeiten der Verschleierung und der Anlegung geheimer Devisenkonten möglich sind. Vor kurzem hat Bundesjustizminister Dr. Dehler die ehemaligen Großhorter und Schwarzhändler verteidigt und erklärt, daß sie „wirtschaftliche Vernunft" bewiesen hätten. Wir werden eines Tages auch erleben, daß diese Großimporteure, die durch einen Federzug Millionen erschwindeln, ebenfalls als die wirtschaftlich Vernünftigen gepriesen werden. Es sei denn, das deutsche Volk erkennt, daß es mit seiner Wahl am 14. August eine Fehlentscheidung getroffen hat, indem es einer Regierung die Stimme gab, die ihrerseits kein Interesse daran haben dürfte, mit wirksamen Maßnahmen gegen derartige Transaktionen vorzugehen.

Gerade der obige, von einem Fachmann geschilderte Tatbestand zeigt auf, wie dringend notwendig die Mitbestimmung der Betriebsräte auch in wirtschaftlicher Hinsicht ist. Eine Mitbestimmung, die unmittelbar im Betrieb beginnen muß und sich nicht mit einem Sitz im Aufsichtsrat erschöpfen darf. Weil sie sich nicht bei ihren dunklen Geschäften in die Karten gucken lassen wollen, gerade deshalb wehren sich diese Großunternehmer mit aller Kraft gegen die berechtigte Mitbestimmung der Werktätigen, gerade deswegen aber darf der Kampf um diese Mitbestimmung nicht erlahmen.

Während die Großunternehmen durch einen Federstrich Millionen „verdienen", müssen ihre Arbeiter um kargen Lohn schwer schuften.

Wenn die Unternehmer zufrieden sind . . .

Dann haben die Arbeiter noch stets die Zeche bezahlen müssen

Mit den Ergebnissen in Hattenheim ist der Deutschland-Union-Dienst der CDU-CSU äußerst zufrieden. Er bezeichnet die Besprechungen zwischen den Arbeitgeber-Verbänden und den Gewerkschaften als einen Erfolg und es sei nicht besorgniserregend daß in den offiziellen Verlautbarungen jeder Hinweis auf das Mitbestimmungsrecht der Arbeitnehmer in wirtschaftlichen Fragen fehle.

Die CDU-CSU aber ist die Partei Adenauers und Pferdmenges und damit die Partei der Millionäre, der alten Konzernherren und der rücksichtslosesten Vertreter des Herr-im-Hause-Standpunktes. Wenn diese Partei mit den Besprechungen zufrieden ist, dann haben die Arbeiter alle Veranlassung, die Entwicklung mit Besorgnis und Wachsamkeit zu beobachten; denn nach dem Union-Dienst bekennt sich die CDU-CSU zur Mitberatung und Mitwirkung unter der ausdrücklichen Wahrung der echten Unternehmer-Verantwortung. Die Masse der Gewerkschaftsmitglieder lehnen Verhandlungen zwischen Unternehmern und Gewerkschaftsvertretern hinter verschlossenen Türen ab und fordern die restlose Verwirklichung des Mindestprogramms der Gewerkschaften auch in der Frage des vollen Mitbestimmungsrechtes in wirtschaftlicher Hinsicht.

Aus Gründen des Profits — 600 Arbeiter fliegen auf die Straße

Stuttgart. 600 Arbeiter der Telefunkenwerke in Ulm stehen vor der Gefahr der Entlassung. Die Zentrale der Telefunkenwerke beabsichtigt das Ulmer Werk stillzulegen und die Produktion nach Westberlin zu verlagern. Gegen die geplante Entlassung der Arbeiter hat der Betriebsrat Einspruch erhoben. Ein Sprecher des württembergisch-badischen Arbeitsministeriums vertritt jedoch die Auffassung daß gegen die vom Werk beabsichtigte Verlegung der Röhren-Produktion nicht vorgegangen werden könne, da es sich hier um eine Rationalisierungsmaßnahme handele.

Die westdeutsche Zentrale der Telefunkenwerke erklärt, daß die bisherige Anfertigung gleichartiger Erzeugnisse in mehreren Fabriken in Westdeutschland und Berlin unwirtschaftlich und untragbar sei. Bei der geplanten Zusammenfassung der Produktion seien Entlassungen in allen Werken unvermeidlich.

Auf einmal ist's gesundheitsschädlich

Duisburg. Die Duisburger Verkehrsgesellschaft, die zur Zeit noch etwa 300 Schaffnerinnen beschäftigt, will jetzt dem weiblichen Fahrpersonal kündigen. Jahrelang haben die Schaffnerinnen in Wind und Wetter tapfer durchgehalten, haben sich durch überfüllte Straßenbahnwagen zwängen müssen und vor allem vor der Währungsreform ein Hungerleben geführt. Jetzt will man sie entlassen. Das Schönste ist, daß man jetzt auch noch mit einer von Wohltätigkeit triefenden Erklärung kommt. Man sagt, daß der Dienst auf der Straßenbahn für die Gesundheit der Frau nicht zuträglich sei. Seit wann hat man das festgestellt? Erst seitdem man die Frauen loswerden will, während man früher nicht genug in Wort und Schrift und mit schönen Plakaten um die Schaffnerin werben konnte. Wir sind jedenfalls der Auffassung, daß man der Schaffnerin, die treu ihre Pflicht getan hat, jetzt nicht den Laufpaß geben darf. Vor allen Dingen aber soll man sich vor derartig lächerlichen Argumentationen hüten.

Ein wahres Wort

Köln. Die Ruhrbehörde werde ein entscheidendes Wort in der deutschen Wirtschaftspolitik mitsprechen und einen nicht geringen Einfluß auf den Lebensstandard des ganzen deutschen Volkes ausüben, erklärte Ministerialdirektor Dr. Heinz Potthoff, der von der Gewerkschaftsführung in die Internationale Ruhrbehörde delegiert worden ist. Hier hat Potthoff ein wahres Wort gelassen ausgesprochen. Tatsächlich wird die Ruhrbehörde einen nicht geringen Einfluß auf den Lebensstandard des deutschen Volkes ausüben. Allerdings nur dann, wenn sich die Werktätigen nicht gegen diesen Angriff auf ihren Lebensstandard zur Wehr setzen.

Importe bedrohen westdeutsche Glühlampenindustrie

Nürnberg. In der westdeutschen Glühlampenindustrie ist eine Absatzstockung eingetreten, die die Fabriken gezwungen hat, 15 Millionen Glühlampenkolben einzulagern. Die Absatzkrise wird in Fachkreisen auf umfangreiche Glühlampenimporte aus Belgien und den Vereinigten Staaten zurückgeführt. Wie mitgeteilt wird, mußte eine Glühlampenfabrik in Markleuthen, die rund 100 Arbeitskräfte beschäftigt, bereits ihren Betrieb stillegen.

Gegen Adenauer-Kurs

Köln. Die katholischen Gewerkschaftler befürworten das Mitbestimmungsrecht der Arbeiter in den Betrieben. In einer Konferenz in Köln wurde die Ansicht vertreten, daß die Zeit reif sei, die Forderung nach Mitbestimmung der Arbeiterschaft zu verwirklichen.

Auch ein Marshallplan-Land

Brüssel. Die Zahl der Arbeitslosen in Belgien hat sich bis Ende 1949 mit 234 896 gegenüber dem Vorjahre fast verdoppelt.

Bauen und Wohnen

Stuttgart, 15. Januar. (Eig. Meld.) Von den Landesgewerbeämtern in Stuttgart und Karlsruhe wird zur Zeit im Zusammenwirken mit der Forschungsgemeinschaft „Bauen und Wohnen" und mit Unterstützung des Deutschen Werkbundes eine Ausstellung „Wie wohnen?" veranstaltet. Demjenigen, der nicht in der Lage ist, diese Ausstellung, die vorläufig bis zum 31. Januar läuft, zu besuchen, bietet sich die Gelegenheit, einen Teil des ausgestellten Hausrates und Möbel in Form eines Kataloges zu besichtigen, der vom Landesgewerbeamt Stuttgart bezogen werden kann.

Neue Wege im Kartoffelbau

Moskau. Ein sowjetischer Wissenschaftler hat die erste Kartoffelrode-, Sortier- und Packmaschine erfunden, die bereits in die Serienproduktion gegeben worden ist. Die Maschine kann von einem einzigen Mann bedient werden und kann täglich 17 ha Kartoffelacker bearbeiten, ohne daß eine einzige Kartoffel verlorengeht.

Eine weitere bahnbrechende Erfindung für den Kartoffelanbau in der Sowjetunion hat der Träger des Stalinpreises, Professor A. G. Lorkh, gemacht, der eine neue Sorte von Kartoffeln entwickelt hat, denen auch der gefürchtete Koloradokäfer nichts anhaben kann.

1950 das Jahr des Kampfes um Mitbestimmung

Hannover. Als Hauptaufgabe des Deutschen Gewerkschaftsbundes im Jahre 1950 bezeichnete der stellvertretende Vorsitzende des DGB, Georg Reuter, die Lösung des Arbeitslosenproblems, die Sicherung des Mitbestimmungsrechtes der Werktätigen und die Hebung des Lebensstandards der arbeitenden Bevölkerung.

Reuter stellte in einer Versammlung der Betriebsratsvorsitzenden im Gebiet Hannover fest, daß aus der Bonner Politik den einzigen Nutzen bisher nur die Unternehmer gezogen haben. Reuter forderte vor allem erhebliche Preissenkungen für alle Versorgungsgüter, insbesondere auch für die Lebensmittel. Er wies darauf hin, daß die zahlreichen Prophezeiungen des Bonner Wirtschaftsministers, Professor Erhard, nicht eingetroffen sind, was sich insbesondere in der täglich weiter ansteigenden Arbeitslosenzahl zeige.

Sterbegeld voll aufgewertet

Köln. (Lnw.) Das Oberversicherungsamt Münster hat als Berufungsinstanz in einem Streitverfahren festgelegt, daß die Sterbegeldauszahlung 1:1 in DM zu erfolgen hat. Begründet wird diese Entscheidung damit, daß nicht der Tod, sondern der Nachweis des Todes das Recht auf Sterbegeldauszahlung auslöst. Hierbei handelt es sich um eine Entscheidung, die nur die Leistung aus der Sozialversicherung betrifft, sie gilt nicht für die private Lebens- und Sterbegeldversicherung, da das Oberversicherungsamt für diese nicht zuständig ist.

Für die private Lebens- und Sterbegeldversicherung hat das zuständige Zonenamt des Reichsaufsichtsamtes für das Versicherungswesen früher schon die gleiche Entscheidung getroffen.

Forderung nach Gleichberechtigung

Bremerhaven. Die deutsche Hochseefischerei fordert die europäischen Fischereiländer auf, deutschen Fischdampfern zu gestatten, daß sie ihre Häfen zur Ausrüstung anlaufen dürfen. Bisher ist es deutschen Fischdampfern verboten gewesen, außer in Notfällen ausländische Häfen anzulaufen. Die deutsche Hochseefischerei begründet ihre Forderung damit, daß man auf die Dauer die deutsche Fischdampferflotte vom Anlaufen ausländischer Häfen nicht ausschließen kann.

Gegen Frischfisch-Importe?

Bremerhaven. Die Beschickungskommission der Seefischmärkte, sprach sich auf ihrer Tagung am 7. Januar 1950 in Stade gegen die Einfuhr von Frischfisch aus, da die deutsche Fischdampferflotte den deutschen Bedarf selbst decken kann. Lediglich während der Heringssaison (Juli bis Dezember), sollen Frischfischimporte zugelassen werden, jedoch nicht ohne Abstimmung mit den deutschen Märkten. Die Einfuhrquote soll jedoch 10 000 Tonnen nicht übersteigen.

Schuheinfuhr trotz vollen Lagern

Betriebsräte protestieren gegen eine Politik der Kurzarbeit und Entlassungen

Kleve. Schwer liegt das ehemals blühende deutsche Schuhgewerbe darnieder. Nicht, daß die Werktätigen keine Schuhe nötig hätten, sondern man sieht im „Goldenen Westen" noch viele Menschen der tätigen Schichten, die in zerrissenen Schuhen herumlaufen. Die Lager der Schuhfabriken aber sind voll. Mit dieser Tatsache befaßte sich eine Vollkonferenz der Betriebsräte der Klever Schuhindustrie.

Hierbei gab Gewerkschaftssekretär Baumann einen Ueberblick über die gegenwärtige Situation in der Schuhindustrie. Kurzarbeit, Entlassungen und große Lagerbestände an fertigen Schuhen und nur kleine Geldeingänge bei den Unternehmern kennzeichnen den Ernst der Situation. Aber weil dem deutschen Volke durch den Marshallplan geholfen wird, bleiben die deutschen Schuhe, die ehemals als Markenartikel im Auslande gerne gekauft wurden, auf Lager. Dafür aber werden uns von Amerika im Ueberfluß Schuhe geliefert, so daß infolge der sich steigernden Einfuhr von Schuhen die heimische Schuhindustrie einen Konkurrenzkampf zu bestehen hat, in dessen bisherigen Ablauf die deutsche Schuhfabrikation dem Bankrott entgegengehen wird.

Von dieser Erkenntnis ausgehend, protestieren die Betriebsräte der Klever Schuhindustrie als die gewählten Vertreter von 3000 Beschäftigten energisch gegen die sich mehrende Einfuhr von ausländischen Schuhen, weil diese Schuheinfuhr für die in der heimischen Schuhindustrie Beschäftigten Kurzarbeit bringt und die große Zahl der Arbeitslosen vermehrt. Die deutsche Schuhindustrie ist aber durchaus in der Lage, qualitativ und quantitativ den innerdeutscen Schuhbedarf zu decken.

Die Betriebsräte wehren sich weiter dagegen, daß durch erhöhte Handelsgewinne die Schuhe im Endverkaufspreis verteuert werden und dadurch die Kaufkraft der Schaffenden Menschen als den Hauptkonsumenten der Schuhindustrie geschmälert werden.

Die Betriebsräte fordern vom Bundesvorstand des Deutschen Gewerkschaftsbundes und dem Hauptvorstand der Gewerkschaft „Leder" bei der Regierung des westdeutschen Staates und den zuständigen Wirtschaftsstellen Maßnahmen durchzusetzen, die die weitere Einfuhr von Schuhen verbietet, und die Handelsspanne des Schuhhandels einschränkt.

Im Klever Gebiet sind in fast allen Schuhfabriken Betriebsvereinbarungen abgeschlossen worden, in denen das Recht der Betriebsräte auf Mitbestimmung bei der Einstellung und Entlassung von Arbeitskräften verankert wurde. Unter Hinweis auf die schlechte Geschäftslage fordern nun die Unternehmer von ihren Betriebsräten, die Zustimmung zu Entlassungen zu geben. Hier haben die Betriebsräte zu erkennen, daß sie die Interessenvertreter ihrer Belegschaften sind, deren Interessen durch Entlassungen nicht gewahrt werden. Die Aufgabe des Betriebsrates ist es also, diese Entlassungen zu verhüten, denn jede Entlassung verringert die Masse der Käufer, solange auch nur ein deutscher Schuharbeiter ohne Arbeite ist, weil es an Absatz für deutsche Erzeugnisse fehlt, mögen die amerikanischen Schuhindustriellen zusehen, wo sie ihre Schuhe absetzen. Keinesfalls darf ihr Profit auf Kosten der deutschen Werktätigen gesteigert werden. Dieser Logik wird sich auch der rückständigste deutsche Schuhfabrikant nicht verschließen. Hier ist ein Gebiet, auf dem Industrielle und Arbeiter ein Stück gemeinsam gehen können: Kampf gegen die Ueberfremdung des westdeutschen Marktes, aber auch Freigabe des ostdeutschen und osteuropäischen Marktes für die westdeutsche Industrie.

Britische Gewerkschaftsführer stoppen Löhne

Die Preise steigen jedoch unaufhörlich

London. Der britische Gewerkschaftsverband TUC beschloß, für die Dauer eines Jahres von allen Lohnforderungen abzusehen. Von den acht Millionen Mitgliedern des Verbandes hatten sich 4,2 Millionen für die Lohnstop-Politik und 3,6 Millionen dagegen ausgesprochen.

Es ist nun nicht so, daß tatsächlich 4,2 Millionen britischer Arbeiter angesichts der steigenden Preise auf eine Anpassung der Löhne verzichten. Vielmehr haben die Gewerkschaftsführer in London diese Abstimmung durchgeführt. Daß sie nicht im Namen der Mitglieder abgestimmt haben, ergibt sich aus einem Bericht des „Daily Worker" von der Konferenz der britischen Bergarbeiter aus dem Durham-Bezirk. Die Gewerkschaftsführer dieses Bezirks haben in London dem Lohnstop zugestimmt. Auf der Konferenz in Durham jedoch hat sich die Mehrheit der Versammelten gegen diese Lohnstop-Politik und für die Anpassung der Löhne an die Preiserhöhungen ausgesprochen. Auch in vielen anderen Städten in ganz Großbritannien ergab sich auf den Bezirksversammlungen der Gewerkschaftler ein gleiches. Das ist auch selbstverständlich, denn wie sollten die englischen Arbeiter dazu kommen, bei den ständig steigenden Preisen und Riesengewinnen der Unternehmer mit einer Lohnstop-Politik einverstanden zu sein.

429 Millionen Pfund britischer Einfuhrüberschuß 1949

London. (VWD.) Die Einfuhr Großbritanniens erreichte im Dezember nach vorläufigen Angaben 195,4 Mill. Pfund Sterling, die Ausfuhr betrug 153,8 Mill. und die Wiederausfuhr 4,7 Mill. Pfund Sterling, so daß sich für Dezember ein Einfuhrüberschuß von 36,9 Mill. Pfund Sterling ergibt.

Für das ganze Jahr 1949 wird eine Einfuhr von 2 272,6 Millionen Pfund Sterling, eine Ausfuhr von 1 784,6 Millionen Pfund Sterling und eine Wiederausfuhr von 58,6 Millionen Pfund Sterling ausgewiesen, woraus sich ein Einfuhrüberschuß von 429,4 Millionen Pfund Sterling ergibt.

Weltgewerkschaftsbund wird stärker

Peking. Din indonesischen Gewerkschaftler haben bei dem Exekutivkomitee des Weltgewerkschaftsbundes den Antrag auf Aufnahme der indonesischen Gewerkschaften in den DGB gestellt. Eine Abordnung von neun Gewerkschaftlern befindet sich auf dem Wege nach Peking, um die Aufnahmeverhandlung zu führen.

Das Schwergewicht liegt im Betrieb

Die Gewerkschaftswahlen 1950 in der Deutschen Demokratischen Republik

Die jetzt anlaufenden Wahlen des FDGB erhalten ihr besonderes Gewicht in der Gründung der Deutschen Demokratischen Republik. Auf der Grundlage einer Verfassung, die aufbauend auf den Ergebnissen der politischen Entwicklung in Ostdeutschland und erläutert durch die Diskussionen in allen Schichten der demokratischen Oeffentlichkeit, verpflichten sich die Gewerkschaften der Deutschen Demokratischen Republik, alle Kräfte für die Verwirklichung des Programms der Regierung Otto Grotewohls einzusetzen.

Ausgehend von dieser in den Ländern der Deutschen Demokratischen Republik vorangegangenen Entwicklung und der in Westdeutschland sich immer mehr verstärkenden politischen und wirtschaftlichen Krise, die für die Welt eine neue Kriegsgefahr bedeutet, stehen für die Gewerkschaften die Aufgaben für die Erhaltung des Friedens, der Herstellung eines einheitlichen Deutschlands und Abschluß eines Friedensvertrages zwischen den Siegerstaaten und dem deutschen Volk im Vordergrund. Die Erfüllung des Zweijahresplanes wird das Fundament sein zur weiteren Verbesserung der Lebenslage der Werktätigen in der Deutschen Demokratischen Republik.

Darüber hinaus gilt es, auf den Erfahrungen der Gewerkschaftsarbeit im Jahre 1949 aufbauend, gemäß der Losung von Cottbus **„Durch zielklare, starke Gewerkschaften zu neuen Erfolgen, zu Einheit und Frieden"**, die Gewerkschaften im Jahre 1950 zu aktiven und starken, von der Masse der Werktätigen getragenen Instrumenten zu entwickeln. Das Schwergewicht liegt hier in den Betrieben. Denn nur wenn es uns gelingt, im Betrieb über Produktion, Qualität und Preisgestaltung, über Arbeitsrecht- und Sozialprobleme eine entscheidende Rolle des Mitbestimmungsrechtes zu gewinnen, wird es uns möglich sein, unsere Entwicklung im Interesse des Volkes voranzutreiben. Das beste Beispiel hierfür sind die bereits durchgeführten Landarbeiterwahlen. Hier konnte in der Vorbereitungskampagne festgestellt werden, daß die bei Hofbegehungen vorgefundenen sozialen Mißstände zum Teil auf das Versagen der Landarbeitergewerkschaft und auf das Fehlen des konsequenten Mitbestimmungs- und Kontrollrechtes zurückzuführen sind. Zielklare, starke Gewerkschaftsleitungen hätten die vorgefundenen Mißstände gar nicht erst auftreten lassen. Auch die Vorkommnisse von Glauchau-Meerane, DCCG Dessau oder DSG Quedlinburg beweisen das.

Es kann keine Gewerkschaften mehr geben, die ihre Aufgabe nur in Lohnforderungen, Streiks oder ähnlichen, rein sozialen Dingen sehen und keinen Einfluß haben auf die politische Entwicklung. Die Gewerkschaften müssen an der gesamten gesellschaftlichen, politischen und wirtschaftlichen Entwicklung beteiligt sein. Ihr Einfluß muß so stark sein, daß es nicht mehr zu Militarismus und Krieg führen kann. Die Vertretung der Interessen der Werktätigen besteht darin, daß für alle Werktätigen auf die Dauer menschenwürdige Verhältnisse geschaffen werden. Wir vertreten eine Wirtschaftsordnung, in der es ungezählte Arbeitslose gibt, auch dann nicht, wenn diese Arbeitslosen angemessene Unterstützungen erhalten.

Hierin liegt der grundlegende Unterschied der Gewerkschaftsbewegung der Deutschen Demokratischen Republik gegenüber den Gewerkschaften in Westdeutschland. Eine Gewerkschaft kann nur die Interessen des Volkes, nie aber zugleich die Interessen von Unternehmern und Kapitalisten im Auge haben und wird deshalb nie einem Marshallplan, einem Ruhrdiktat oder einer Remilitarisierung zustimmen.

Wenn man also unter all diesen Gesichtspunkten die Gewerkschaftsbewegung in Ostdeutschland und die Wahlen 1950 betrachtet, wird man die große Bedeutung erkennen, die diesem ersten Massenakt in der jungen Deutschen Demokratischen Republik zukommt. Wenn wir die Cottbuser Losung in die Tat umsetzen, werden wir, durch zielklare starke Gewerkschaften, zu neuen Erfolgen in der Verbesserung unseres Lebensstandards, aber auch in der Erfüllung unserer politischen Aufgaben, in der Festigung der Deutschen Demokratischen Republik, zu der Einheit Deutschlands und zum Frieden kommen.

BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK
Baden-Württemberg

MANNHEIM

Trocken Brot ist billiger

Mit viel Stimmenaufwand verkünden unsere „Ent"wirtschaftungskünstler vom Schlage Schlange-Schöningens augenblicklich den Anbruch eines goldenen Zeitalters in unserer Ernährungswirtschaft. Sie glauben wenigstens, allen Grund dazu zu haben, ersaufen wir doch augenblicklich in einem Meer von Fett und Butter. Nicht nur aus Dänemark, auch aus Schweden, der CSR, den Niederlanden und Ungarn sollen Tausende von Tonnen anrollen . . . denen aufs Brot, die sie täglich bezahlen können. Es kann uns also nichts mehr „passieren", wie der Leiter der Abteilung Milch- und Fettwirtschaft im Landwirtschaftsministerium Württemberg-Baden kürzlich so schön erklärte.

Bemerkenswert ist aber auf der anderen Seite die Tatsache, daß die große Masse der Bevölkerung nach der Aufhebung der Butterbewirtschaftung keineswegs nun ins Volle greifen konnte. Das ist auch nicht verwunderlich in Anbetracht des schmalen Geldbeutels des kleinen Mannes, für den auf Grund seines Einkommens nach wie vor eine Rationierung besteht. Ein Beispiel dafür sind die Zahlen, die der Leiter der Milch- und Fettabteilung unlängst bekannt gab.

Auf den Kopf der Bevölkerung kam danach in den Jahren 1928—1930 ein monatlicher Verbrauch von ca. 600 g Butter. Dieser Verbrauch hat sich heute auf die Hälfte reduziert. Bei den übrigen Fetten ist in der gleichen Zeit ebenfalls ein Verbrauchsrückgang von 50 Prozent zu verzeichnen. Der Aufhebung für Bewirtschaftung für Fette steht also durchaus kein Mehrverbrauch der großen Masse der Bevölkerung gegenüber. Sie hält sich nach wie vor an durchschnittlich 1125 g im Monat, was der letzten Bewirtschaftungsration entspricht. Demgegenüber müssen die Schlagworte vom „besseren Lebensstandard" illusorisch werden und es bleibt lediglich einer gewissen Schicht vorbehalten, von den neuen „Möglichkeiten" ausgiebig Gebrauch zu machen. Geld dürfte also auch bei uns der einzige Bezugschein bleiben und die Frau des Arbeiters wird weiterhin gezwungen sein, ihrem Mann das kostbare Fett sparsam aufs Brot zu kratzen, da ansonsten der Geldbeutel nicht imstande ist, mit den notwendigsten Bedürfnissen zur Erhaltung der nackten Existenz Schritt zu halten.

Wir brauchen Wohnungen — koste es was es wolle!

Mannheims Aufgabe Nr. 1 / Wohnungen für die Schaffenden zu erträglichen Mieten in ausreichendem Maße

Es wurde bisher immer so viel geredet über Wohnungsbau, und was wurde erreicht? Für die große Masse der schaffenden Bevölkerung in Mannheim haben sich im Laufe der letzten vier Jahre die Wohnungsverhältnisse keineswegs gebessert, sondern im Gegenteil außerordentlich verschlechtert. Zehntausende sind nach Mannheim zurückgeströmt bei einem Wohnungszuwachs von z. B. 1600 im Jahre 1949. In der Arbeiterstadt Mannheim leben die Werktätigen zusammengepfercht auf engstem Wohnraum wie in keiner anderen Stadt des Westens. Viele Tausende leben in Löchern, Kellern und Bunkern. Ihre Familien verkommen in Elend und Krankheit. Weitere Tausende haben täglich einen mehrstündigen An- und Abmarschweg zur Arbeitsstätte. Unzählige Tausende leben getrennt von ihrer Familie. Die kleine Zahl der mit Hilfe staatlicher Beihilfen durch gemeinnützige Baugesellschaften erbauten Wohnungen kosten 60 bis 70 DM Miete im Monat. Bei privatem Ausbau von Räumen oder gar Neubau werden Bauzuschüsse von 2000 bis 5000 DM verlangt.

Welcher Arbeiter oder kleine Angestellte kann bei seinem augenblicklichen Lebensstandard diese Summen aufbringen? Wohl keiner!

Was von der Adenauer-Regierung bisher für den sozialen Wohnungsbau getan wurde, ist uns allzu bekannt. Auch in nächster Zukunft dürften deren Bestrebungen äußerst zurückhaltend sein. Es ist aber nicht so, daß jede Bautätigkeit brachliegen würde. Im Gegenteil. Die Bauinitiative der privaten Firmen hat größten Umfang angenommen. Riesige Projekte schießen wie Pilze aus dem Boden. Prunkvolle Geschäftsbauten, Warenhäuser, Fabrikshallen und Werkgebäude verschlingen Millionenbeträge, hat man doch beim Währungsschnitt das Aktienkapital durchweg 1:1 aufgewertet bekommen. Was wurde dort weiterhin durch Hortungen usw. an Währungsgewinnen gescheffelt? Diese Betriebe stehen heute weit besser da, als je zuvor. Es ist darum eine Phrase, wenn man behauptet, es sei für den Wohnungsbau einfach kein Geld vorhanden. Diese Firmen wären zweifellos in der Lage, einen wesentlichen Beitrag zu leisten.

Was wurde aber auf der anderen Seite für den sozialen Wohnungsbau getan? Sämtliche Bemühungen blieben lediglich ein Tropfen auf den heißen Stein.

Dieser einseitigen Bautätigkeit gilt unser schärfster Protest. Es muß gerade in Mannheim dringend der notwendige Wohnraum geschaffen werden. Wo blieben bisher die Bestrebungen, an die Firmen heranzutreten, damit sie zur Linderung der Wohnungsnot ihren durchaus möglichen Beitrag leisten?

Daß in Mannheim der Wohnungsbau immer noch auf Krücken geht, hat wieder einmal die letzte Sitzung des Technischen Ausschusses eindringlich bewiesen. Dort hat die Stadt den Bau von ca. 80 Einfachstwohnungen durch die Gemeinnützige Baugesellschaft genehmigt. Dadurch ist es lediglich möglich, die Familien aus den beschlagnahmten Schulräumen herauszunehmen und in geordnete Verhältnisse unterzubringen.

Weiterhin wurde der Ausbau von Wohnungen und Barackenlagern an der Rhein-Neckar-Halle beschlossen. Das Ergebnis werden fünf weitere Wohnungen sein. Aus all diesen Gründen müßten die Betriebsleitungen endlich gezwungen werden, einen Teil ihrer offensichtlich riesigen Ueberschüsse abzuzweigen für den gemeinnützigen Wohnungsbau. Hier eröffnet sich wieder einmal ein Feld, dem Mitbestimmungsrecht der Arbeiter Geltung zu verschaffen, wobei es in diesem Falle vor allen Dingen der Allgemeinheit zum Nutzen gereichen würde.

Als ganzes gesehen trägt das kapitalistische Unternehmertum die eigentliche Schuld, an dem Elend unserer Generation, und so sollen sie auch zu ihrem Teil helfen, wieder aufzubauen, auch dort, wo es sich nicht direkt um die eigene ertragreiche Werksanlage geht.

R. St.

An die Mannheimer Jugend

Die Notlage, in der sich die schaffende Jugend heute befindet, nimmt immer größere Formen an. In vielen Fällen werden die Bestimmungen des Jugendschutzgesetzes mißachtet. Die Gewerkschaften haben in der letzten Zeit wieder eine Reihe von Verfehlungen festgestellt. So wird häufig die gesetzlich vorgeschriebene Arbeitszeit nicht eingehalten: Sehr oft wird die Unterrichtszeit an der Berufsschule nicht vergütet. Auch wird in vielen Fällen der 24tägige Urlaub für Jugendliche nicht gewährt und die Verordnung über die Lehrlingsvergütungssätze übergangen.

Der Jugendrat der Mannheimer Jugendverbände sieht in der Mißachtung des Jugendschutzgesetzes eine schwere Schädigung der werktätigen Jugend und eine ernste Gefährdung der erzieherischen Arbeit der Jugendverbände.

Eine allgemeine Aufklärung der Oeffentlichkeit und der Jugend ist erforderlich.

Jugend es geht um Deine Rechte!

Kommt daher alle zu unserer Jugend-Kundgebung am 19. Januar um 19 Uhr in der Turnhalle der Wohlgelegenschule.

Es werden die Gewerkschaften und die Jugendverbände zu Euch sprechen. Vertreter der Industrie- und Handelskammer, der Handwerkskammer, der Stadtverwaltung und der Berufsschulen werden anwesend sein. Freie Aussprache!

Der Jugendrat
der Mannheimer Jugendverbände

Bund katholischer Jugend, Deutscher Pfadfinderbund, Die Falken, Soz. Jugendbewegung, Evangelische Jugend, Freie Deutsche Jugend, Freirel. Jugendbund, Gewerkschafts-Jugend, Naturfreunde-Jugend, Altkath. Jugend, Schlesische Jugendgruppe, Handharmonikaclub Rheingold und Sport-Jugend.

Nationaltheater Mannheim

Am 28. Januar 1950 wird August Seider, Heldentenor der Münchener Staatsoper, an Stelle von Georg Faßnacht, der sich zu einem Gastspiel nach Spanien begeben hat, den Siegmund in „Walküre" singen. Seider hat bereits im September v. J. in Mannheim in der Premiere des „Tannhäuser" die Titelrolle gesungen.

Versammlungen der KPD Mannheim

Schönau: Donnerstag, 19. Januar, 19.30 Uhr, im Siedlerheim, Mitgliederversammlung. Referent: Stadtrat Eimuth.

Schwetzingen: Donnerstag, 19. Januar, 20.00 Uhr, im Maierhof, Mitgliederversammlung. Referent: Richard Hofmann.

Neckarhausen: Samstag, 21. Januar, 20.00 Uhr, im Lokal „Felsenkeller", Mitgliederversammlung. Referent: Schellenberger.

Lützelsachsen: Samstag, 21. Januar, 20.00 Uhr, im Lokal „Schwarze Traube", Mitgliederversammlung. Referent: Ebert.

Pfingstberg: Samstag, 21. Januar, 20.00 Uhr, im Lokal „Pfingstberg", Mitgliederversammlung. Referent: Heck.

Will man den Käfertalern den Appetit verderben?

In Mannheim ist es Vorschrift, daß von Zeit zu Zeit dem von den Reservoiren in die Haushaltungen gepumpten Trinkwasser ein bestimmtes Quantum Chlor beigemengt wird. Gegen diese gesundheitspolizeiliche Maßnahme wollen wir nichts einwenden. Wenn jedoch die beigemengte Chlormenge einen so hohen Prozentsatz darstellt, daß das Wasser selbst im gekochten Zustande ungenießbar wird und der Wasserhahn in der Küche schon meterweit nach Chlor riecht, dann erhebt sich die Frage, ob es von seiten des Wasserwerkes nicht möglich wäre, diesem Uebel abzuhelfen.

In Käfertal z. B. sollen sich mehrere Leute vergangenen Sonntag sogar den Magen verdorben haben, wurde uns berichtet. Da wir weder einseitige Behauptungen aufstellen wollten, noch die Absicht hatten irgend einer Instanz ungerechtfertigt auf die Füße zu treten, erkundigten wir uns selbst an Ort und Stelle. Dort allerdings mußten wir erfahren, daß die Chlorgeschichte stimmt. Nicht nur am vergangenen Sonntag, sondern nahezu jeden Sonntagmorgen ist das Wasser in Käfertal mit einer übermäßig hohen Menge an Chlor durchsetzt. Sehr zum Aerger des Verbrauchers, dem selbst der sonntägliche Bohnenkaffee „verchlort" wird. Dieser Chlorgestank bleibt sogar an seinem Mittagessen hängen und soll schon zu häufigen Erbrechungen geführt haben.

Auf unsere Rücksprache mit dem Wasserwerk in Käfertal versicherte man uns, daß die tägliche Chlormenge von den Besatzungsbehörden genau vorgeschrieben sei und täglich dasselbe Quantum verwendet würde. Wir wollen dies nicht von vornherein in Abrede stellen. Auf der anderen Seite stehen jedoch die zahlreichen Aussagen der Verbraucher in Käfertal, die die Chlorübersättigung des dortigen Trinkwassers einmütig bestätigen. Der Haken liegt unseres Erachtens wahrscheinlich an der ungleichmäßigen Verteilung der Chlormengen. Während die gesamte Ladung den in der Nähe des Wasserwerkes befindlichen Haushaltungen in den Kochtopf fließt, erhalten die weiter entfernten Stadtgebiete nur die Restbestandteile des verausgabten Chlors.

Woran das liegen mag, weiß das Wasserwerk selbst am besten. Die Bevölkerung von Käfertal erwartet aber auf jeden Fall, daß dieser Mißstand mit allen Mitteln so bald als möglich beseitigt wird.

Nachtrag zum Prozeß Sandmeyer

Es könnte der Eindruck entstehen, daß unser Artikel „Pflichtbewußte Handlung, die ein Menschenleben kostete", vor dem Landgericht in Mannheim verhandelt worden sei. Obwohl der zum Tode Verurteilte ein Mannheimer war, ist die Angelegenheit vor dem Landgericht Frankenthal verhandelt worden.

Kein Geld für den Berufsverkehr?

Mannheims Verkehrsbetriebe brauchen Autobusse, wenn dringende Bedürfnisse befriedigt werden sollen

Der schienengebundene Berufsverkehr kann den Anforderungen schon lange nicht mehr genügen. Infolge der Zerstörungen in den Wohnvierteln haben viele Berufstätige heute einen viel weiteren Weg zu ihrer Arbeitsstätte und die vorhandenen Verkehrslinien der Straßenbahn und Eisenbahn können den Zubringerdienst zu den Arbeitsstätten nicht reibungslos bewältigen. Die Einführung und Erweiterung von nicht an einen Schienenweg gebundenen Verkehrsmitteln könnte die Schwierigkeiten in erheblichem Umfang beseitigen und den schaffenden Menschen viel Zeit und Unbequemlichkeit ersparen. Es wurden denn auch die von der Stadt unterhaltenden früheren Autobus-Verbindungen nach und nach wieder eingerichtet, aber sie genügen bei weitem nicht dem steigenden Bedarf. Dringende Wünsche zur Erweiterung und Verbesserung der Autobus-Verbindungen können leider nicht berücksichtigt werden, weil der erforderliche Wagenpark fehlt. Das zeigte sich auch wieder in der letzten Sitzung des Straßenbahn-Ausschusses, in der vorgetragene Wünsche nicht erfüllt werden konnten. So möchte Sandhofen in den Autobus-Verkehr zwischen Bahnhof Waldhof und der Blumenau einbezogen werden. Es läßt sich aber nur ermöglichen, daß in der nicht in den Berufsverkehr fallenden Zeit einige Wagen der Strecke über Sandhofen geleitet werden. Die Stadt verfügt über 22 Autobusse und einen Beiwagen. Von diesen Wagen sind 2 von geringerem Fassungsvermögen und 4 ständig in Reparatur, also nur 16 einsatzberit, was eine zu starke Inanspruchnahme und einen rascheren Verschleiß der Wagen bedeutet. Dieser unzulängliche Bestand wird noch um einen Wagen vermindert werden, der als „Verschleppter" von München reklamiert wurde und in seine Heimat zurückgeliefert werden muß. Zwei Wagen und drei Anhänger für 170 000 DM wurden zwar bestellt, doch mußte der Auftrag zurückgezogen werden, weil kein Geld verfügbar ist. Es soll nun ein Versuch mit Ratenzahlungen gemacht werden.

Infolge dieser Kalamität konnte in der Sitzung nur eine Verkehrsverbesserung vorgeschlagen und genehmigt werden. Einer der kleinen Autobusse wird in der Zeit des Berufsverkehrs zwischen Neuhermsheim und Autohof Neuostheim in 18 Minuten Zwischenzeit verkehren. Die Zeiten sind:

Ab Neuhermsheim: 6.03 Uhr bis 8.45 Uhr und 16.57 bis 19.21 Uhr am Montag bis Freitag und am Samstag 6.03 bis 8.45 und 12.45 bis 14.39 Uhr.

Ab Autohof: 6.13 bis 8.37 und 16.49 bis 19.30 Uhr von Montag bis Freitag und am Samstag 6.13 bis 8.37 und 12.07 bis 14.31 Uhr.

Der gleiche kleine Autobus, bei dem übrigens der Wagenführer zugleich den Schaffnerdienst versehen muß, wird in der nicht vom Berufsverkehr benötigten Tageszeit einen Pendelverkehr zwischen der Hauptfeuerwache und dem Diakonissenhaus versehen. Die Fahrzeiten sind hier im 30-Minuten-Abstand:

Ab Hauptfeuerwache: 13.45 bis 15.45 und 16.15 Uhr, Samstag 14 bis 16 und 16.25 Uhr.

Ab Diakonissenhaus: 13.15 bis 16.45 und Samstag 13.30 bis 15.00 Uhr.

Recht bezeichnend waren die Angaben, die Bürgermeister Trumpfheller über die Schwierigkeiten machte, in der sich die Stadt bei der Lösung dieses Problems befindet. Es haben sich bereits verschiedene private Verkehrsunternehmen wiederholt darum bemüht, sich in das Mannheimer Verkehrsnetz einzuschalten. Diese Unternehmer, die im Sommer bei den Vergnügensfahrten usw. genügend Aufträge haben, suchen im Winter Einsatzmöglichkeiten für ihre Wagen. Bürgermeister Trumpfheller führte aus, daß die Stadt ihr Konzessionsrecht wahren und auf ihrem Gebiet den Verkehr mit eigenen Mitteln bewältigen will. Das wäre auch durchaus möglich, wenn die notwendigen Mittel zur Vervollständigung des Wagenparks zu erlangen wären. Nun mußte aber von der Leitung der Verkehrsbetriebe wie auch von der der Stadtwerke festgelegt werden, daß wohl für die Privatindustrie Kredite und ERP-Gelder verfügbar seien, daß aber die versprochenen Mittel für die der Allgemeinheit dienenden Betriebe der Gemeinden ausbleiben. Das ist ein weiterer Beweis für die Fragwürdigkeit und Tendenz der ERP-Hilfe. Daß der Berufsverkehr dringend einer Verbesserung bedarf, bezeugen ja auch die Bemühungen einer Reihe von Betrieben um eigenen Zubringerdienst für ihre Werksangehörigen. Vielleicht bietet sich auf diese Weise eine Möglichkeit zur Verbesserung des Berufsverkehrs ohne daß die Stadt ihr Konzessions-Monopol zu sehr preisgibt, denn die Sorge für die Arbeiterschaft muß in Mannheim allen anderen Erwägungen vorangehen.

FRIEDENS-KUNDGEBUNG

aus Anlaß des Gedenkens

Lenin-Liebknecht-Luxemburg

Freitag, 20. Januar, 19.00 Uhr, im Musensaal des Rosengartens.

Ansprache: **Robert Wiegand, Essen**
Mitglied des Parteivorstandes der KPD

Es spielt ein Streichorchester, Rezitatonen und Chöre.

Kartenvorverkauf durch unsere Funktionäre in den Betrieben und Stadtteilen.

Ein seltenes Ablenkungsmanöver

Der Polizeibericht meldet:

Eine tolle Geschichte leistete sich ein 26-jähriger, der bei der Polizei Anzeige erstattete, daß ihm aus einer Zelle in einem hiesigen Wohnbunker 2 Sparkassenbücher, verschiedene Wäschestücke und 25 DM Bargeld entwendet worden seien. Im Laufe der Ermittlungen stellte es sich jedoch heraus, daß der junge Mann selbst innerhalb des Wohnbunkers einen Diebstahl ausführte und dabei seinem Zellenkameraden dessen Brieftasche mit Ausweispapieren, darunter einen Betriebsausweis eines hiesigen Industrieunternehmens, bei dem der Bestohlene beschäftigt war, stahl. Auf Grund dieses Ausweises erschwindelte er sich unter Vorspiegelung falscher Tatsachen den Wochenlohn seines Kameraden, um dann anschließend die Brieftasche und Betriebsausweis zu verbrennen. Um sich selbst als den Bestohlenen hinzustellen, versetzte er seine Bunkerzelle in Unordnung und erstattete Anzeige wegen Einbruchdiebstahls.

Noch einmal davongekommen

Schwer beschädigt wurde ein Lastzug mit Anhänger, der mit Eisenröhren und anderen Metallen beladen war und bei Wallstadt im Nebel die etwa 8 Meter hohe Autobahnböschung hinunterfuhr und sich dabei seitlich überschlug. Die beiden Lkw-Fahrer hatten das große Glück, unverletzt davonzukommen, dagegen entstand an den beiden Lastwagen ein Gesamtschaden von rund 3500 DM. Wie der Fahrer angab, wurde er angeblich von einem entgegenkommenden Fahrzeug geblendet.

Was ist hier passiert?

Am Eingang zur Autobahn wurde in Richtung Heidelberg, bewußtlos auf der Fahrbahn liegend, ein Mann aufgefunden, der äußerlich keine Verletzungen aufwies. Mit Rücksicht darauf, daß der ins Krankenhaus Eingelieferte noch nicht vernehmungsfähig ist, konnte noch nicht einwandfrei geklärt werden, ob es sich um einen Verkehrsunfall oder um einen sonstigen Unglücksfall handelt.

Von der Straßenbahn angefahren

Ein bedauerlicher Unglücksfall, der in seinen Einzelheiten noch nicht geklärt ist, ereignete sich in der Nacht vom Sonntag auf Montag in der Nähe der Straßenbahnhaltestelle Friedhof. Dort wurde ein 63 Jahre alter, in Feudenheim wohnender Arbeiter von einem Verdichtungswagen der Linie angefahren, wobei ihm der linke Unterschenkel abgequetscht wurde. Der Verletzte wurde sofort von einem RK-Wagen in das Städtische Krankenhaus gebracht.

Umbauarbeiten Rheinbrücke

Zwecks Vornahme von Umbauarbeiten wird der südliche Fußgängersteg an der Straßenbrücke Mannheim-Ludwigshafen ab Mittwoch, den 18. Januar bis auf weiteres für den Verkehr gesperrt.

NATIONAL-THEATER MANNHEIM

Spielplan vom 22. bis 30. Januar 1950

So., 22. Januar außer Miete -.50—3.- DM	Zum letzten Male: Nachmittagsvorstellung zu kleinen Preisen: **„König Drosselbart"**, Märchenspiel von H. Fitz, Musik von Erich Riede. Anf. 14.30 Uhr, Ende gegen 16.30 Uhr.
So., 22. Januar außer Miete	abends: **„Hoffmanns Erzählungen"**, Phantastische Oper von Jacques Offenbach. Anf. 19.30 Uhr, Ende gegen 22.30 Uhr.
Mo., 23. Januar Miete F Nr. 8	**„Die Räuber"**, Schauspiel in 5 Akten von Fr. v. Schiller. Anf. 18.30 Uhr, Ende gegen 22.30 Uhr.
Di., 24. Januar o. Kartenverk.	vorm.: f. die Schüler höherer Lehranstalten: **„Die Räuber"**, Schauspiel in 5 Akten von Fr. v. Schiller. Anf. 10.00 Uhr, Ende gegen 14.00 Uhr.
Di., 24. Januar f. d. Theatergemeinde o. Kartenverk.	**„Die Fledermaus"**, Operette von Joh. Strauß. Anf. 19.30 Uhr, Ende gegen 22.30 Uhr.
Mi., 25. Januar Miete K Nr. 8	**„Hoffmanns Erzählungen"**, Phantastische Oper v. Jacques Offenbach. Anf. 19.30 Uhr, Ende gegen 22.30 Uhr.
Do., 26. Januar Miete C Nr. 8	Zum letzten Male: **„Faust"**, der Tragödie I. Teil, von Joh. W. von Goethe. Anf. 18.30 Uhr, Ende gegen 22.30 Uhr.
Fr., 27. Januar Miete A Nr. 8	**„Das Opfer der Agnete"**, Schauspiel in 3 Akten von Gg. Kaiser. Anf. 19.30 Uhr, Ende gegen 22.00 Uhr.
Sa., 28. Januar Miete J Nr. 8	**Gastspiel Kammersänger August Seider** als Siegmund: **„Die Walküre"**, Erster Tag aus „Der Ring des Nibelungen", v. Rich. Wagner. Anf. 18.00 Uhr, Ende gegen 22.30 Uhr.
So., 29. Januar Eintrittspreise -.50—3.- DM	**6. Morgenveranstaltung:** Kammermusik des Mannheimer Streichquartetts: Quartette von Haydn, Roussel, Dvorak, Mitwirkende: Helmuth Mendius, Herbert Sabac el Cher, Heinrich Wallenstein, Dr. Ludwig Behr. Anf. 11.00 Uhr, Ende gegen 12.30 Uhr.
So., 29. Januar	Nachmittagsvorstellung zu ermäßigten Preisen: **„Meine Schwester und ich"**, Musikal. Lustspiel v. Ralph Benatzky. Anf. 14.30 Uhr, Ende gegen 17.00 Uhr.
So., 29. Januar außer Miete	abends: **„Die Fledermaus"**, Operette v. Joh. Strauß. Anf. 19.30 Uhr, Ende geg. 22.30 Uhr.
Mo., 30. Januar Miete N Nr. 8	**„Meine Schwester und ich"**, Musikal. Lustspiel v. Ralph Benatzky. Anf. 19.30 Uhr, Ende gegen 22.00 Uhr.
	Gastspiele:
So., 22. Januar	Gastspiel in Sandhofen „Morgenstern": **„Meine Schwester und ich"**, Musikal. Lustspiel v. Ralph Benatzky. Anf. 19.30 Uhr, Ende gegen 22.00 Uhr.

Elektro-Lösch
Mannheim, D 4, 17, Tel. 517 47

Licht Kraft Radio

Neuinstallation elektr. Licht-, Kraft- und Radioanlagen, Reparaturen, Verkauf von Beleuchtungskörpern und elektr. Haushaltsartikel

Wohnungstausch
Berlin-Mannheim u. Umgebung

Biete 2 schöne Zimmer, Küche, Bad, Keller, Garten in Berlin-Lichtenberg gegen gleiche oder 1 Zimmer u. Küche. Angeb. unt. Nr. 10 an den Verlag.

Kleingärtnerverein Mannheim-Neckarstadt e. V.

Jahres-Hauptversammlung am Sonntag, 22. Januar, 14 Uhr, im Vereinshaus der Kraftsportvereinigung 1884 beim Phönixsportplatz. Zahlreiche Beteiligung erwünscht. **Der Vorstand**

Gute Weine billiger

Diedesfelder Weißwein Liter	1.40
Rheinhess. Weißwein Liter	1.60
Wiesenheimer Hahnen Weißwein . Liter	1.90
Kallstadter Rotwein Liter	1.50
Herxheimer Sommertal Rotwein . . Liter	1.80
Deutscher Wermutwein Flasche ohne Glas	1.90
1947er Algier-Rotwein Flasche ohne Glas	2.20
Tarragona Flasche o. Glas	3.85

Wein-Pfeiffer

Telephon 447 91

T 1, 3a (Breite Straße)
G 3, 9 (Jungbuschstraße, Nähe Marktplatz)
Schwetzinger Straße 27
Seckenheimer Straße 110
Rheinau, Stengelhofstraße 4

Freundlieb bietet Qualität -
in Kleidung und in Sportgerät

Sport Freundlieb

KARLSRUHE

Der überaus wackere Zeman

Eine Geschichte von Pump und Gaunerei / Von Jaroslav Hasek

Ich habe ein gutes Herz, und als mich jemand um eine Krone bat, konnte ich es ihm nicht abschlagen. Es war der überaus wakkere alte Herr Zeman, und hätte ich ihm die Kronen nicht geliehen, wäre ich eines öffentlichen Skandals sicher gewesen. So zog ich mich ziemlich glatt aus der Affäre bis auf eine kleine Unannehmlichkeit. Er rief mir nämlich inmitten eines Menschenstromes mit donnernder Stimme nach: „Also die Krone in einer Woche!" Ein jeder, der das hörte, nahm an, daß ich der Schuldner sei. Aber mich störte das nicht. Ich ging ruhig meines Weges und war zufrieden, daß ich den guten Herrn Zeman vor der Katastrophe gerettet hatte.

Nach einer Woche erblickte ich wiederum Herrn Zeman. Vertrauensvoll lief er an mich heran. „Welch ein Zufall", rief er schon von weitem, „ich war nicht darauf gefaßt, daß ich Ihnen begegnen würde, ich dachte, daß Sie gar nicht in Prag wären."

Warum er so dachte, erklärte mir Herr Zeman bereitwillig: „Ich dachte, Sie wären fortgefahren, und deshalb nahm ich die Krone nicht mit. Die ersten zwei, drei Tage trug ich sie bei mir in der Tasche, da ich Sie aber nicht traf, gab ich sie jeweils aus. Dann dachte ich mir aber, was Sie in Prag eigentlich zu tun hätten, und hörte auf, die Kronen zu vergeuden. Kurzum, ich nehme immer nur soviel mit, daß es für Zigarren reicht. Sonst würde ich mich doch wegen dieser geliehenen Krone in Schulden stürzen! Bedenken Sie nur, daß ich anfangs jeden Tag diese Krone verschwendete, die ich Ihnen wiedergeben wollte, und darüber hinaus mußte ich noch im Weinkeller, wo ich die Krone vertrank, zwei bis drei Kronen pumpen, damit ich die Auslagen decken konnte. Kurz und gut, die ersten drei Tage, als ich die Krone für Sie bei mir trug, kosteten mich elf Kronen. Und wissen Sie, mein Freund, was ich tat, um die zahlreichen Schulden abzahlen zu können? Ich zerschlug heute das Schweinchen meiner Frau, in dem sie ihre Ersparnisse hatte. Ich bin zeitweise ein Grobian. Würden Sie nicht so freundlich sein, mir noch einmal eine Krone zu borgen? Ich kaufe dafür ein Schweinchen und Bleiknöpfe, die ich dann hineinwerfe, damit sie glaubt, daß alles in Ordnung sei."

Er sagte: „Ich kaufe dafür . . .", also wußte er augenscheinlich, daß er die Krone bekommen werde, und er bekam sie auch.

Er verließ mich mit der Versicherung, daß er mir in zwei Wochen begegnen und die zwei Kronen zurückgeben würde. Unsere Begegnung erfolgte erst nach 14 Tagen.

„Lieber Freund", sagte er freudig, „es freut mich, Sie zu sehen. Die zwei Kronen habe ich zwar nicht bei mir, die gebe ich Ihnen bei unserer nächsten Begegnung wieder; es macht mich aber immer glücklich, wenn ich ein bekanntes Gesicht sehe, das ich schon leit langem nicht mehr sah.

„Das Leben ist eben ein schwerer Kampf. Und wenn ich daran denke, daß der Höker Meclik aus unserer Straße nach meinem Tode überall laut werden lassen wird, daß ich bei ihm auf Pump Wein trank, um meinen alten kranken Magen in Ordnung zu bringen, dann überkommen mich die Tränen. Lieber Freund, würden Sie mir nicht zum letzten Male eine Krone borgen, damit ich sie diesem Lumpen ins Gesicht schleudern kann mit den Worten: „Sättige dich mit dem Blut, nach dem du gelechzt hast!'

Die zwei Tränen, die ihm auf die Hand kullerten, lohnten die dritte Krone. Er dankte mir innigst und sprach irgend etwas vom Herbst, vom Laub, das zur Erde fällt, von verlassenen Gräbern und darüber, daß er mir die drei Kronen wiedergeben würde, sobald er mich träfe. Ich begegnete ihm erst nach drei Wochen.

Seine Freude kannte keine Grenzen. Er drückte mir herzlich die Hand, behielt sie eine Weile in der eigenen, bis sich freundschaftliche Wärme in sie ergoß, und dann erklärte er feierlich: „Ich schulde Ihnen drei Kronen, sie warteten lange genug auf sie, ich möchte Ihnen also bei unserer nächsten Begegnung sechs Kronen geben.(

„Warum sollten Sie mir denn sechs Kronen geben, da Sie mir nur drei Kronen schulden? Uebrigens sprechen wir nicht darüber."

„Ich werde Ihnen sechs Kronen geben und basta!"

Ich erwähnte, daß mein Gewissen dies nicht zulassen würde.

„Ach, Gewissen, was soll es auch, wer hat heute noch Gewissen! Ihr bester Freund würde Sie betrügen!"

„Es wäre aber unmenschlich von mir."

Er geriet in Wut: „Warum denn unmenschlich? Heute müssen Sie gut aufpassen, damit Sie Ihre eigenen Leute nicht bestehlen, verstehen Sie, heute dürfen Sie mit niemanden Erbarmen haben. Stoßen Sie einen jeden mit dem Fuß, der von Ihnen etwas möchte. Alle sind Lumpen, verstehen Sie mich?"

„Ich tat es aus Freundschaft."

„Ach was, bilden Sie sich nichts auf die Freundschaft ein. Gerade unter Freunden finden sich die größten Verräter. Uebrigens Sie brauchen das Geld auch", sagte er mit gehobener Stimme, „für Sie fällt Geld auch nicht vom Himmel. Mit einem Wort, ich gebe Ihnen die sechs Kronen und wir werden darüber nicht mehr sprechen."

Ich begegnete ihm erst nach vier Wochen. Er war sehr traurig, als er mich erblickte und sagte: „Denken Sie nicht, daß ich die sechs Kronen vergessen hätte, ich werde sie Ihnen geben, sobald ich Sie wiedersehen werde. Aus lauter Sorge denkt man gar nicht daran, das Geld bei sich zu tragen. Ich habe viele solche schmutzigen Angelegenheiten. Ich soll gerade der Tante ein Telegramm schicken und habe keine Krone. Zum Glück bin ich Ihnen begegnet. Sie werden mir eine Krone geben, und sobald ich Sie wieder treffe, kriegen Sie sieben Kronen."

„Ich habe aber keine Krone bei mir."

Er holte tief Atem, und jetzt hörte schon der halbe Wenzelplatz, was er mir sagte: „Sie Erzwucherer! Wenn man sich von Ihnen drei Kronen borgt und dafür sechs geben muß, da sind Sie voll Bereitwilligkeit, wenn ich aber von Ihnen eine von den abgegaunerten drei Kronen haben möchte, dann reden Sie sich aus, daß Sie keine bei sich haben!"

Er blickte zu der Menschenmenge, die sich angesammelt hatte, und sagte würdevoll zu mir: „Behalten Sie diese verdammte Krone, behalten Sie die nur, ohnehin klebt an ihr der Schweiß derjenigen, denen Sie, wie mir, den letzten Mantel ausgezogen haben. Uebrigens werden wir darüber vorm Gericht noch sprechen!"

Dann ging er siegesbewußt, als er sah, daß mir einer aus der aufgebrachten Menge auf den Mantel spuckte.

Den Sterngläubigen gesagt

Von Richard Drews

Die ängstlich in die Sterne schauen
Auf Kaffeegrund ihr Weltbild bauen,
Wie Kaffeegrund zu Boden sacken,
Gehören zu den trüben Leuten,
Die muhmchenhaft ihr Schicksal deuten,
Anstatt es herzhaft anzupacken.

Die Zukunft läßt sich nicht erahnen
Durch Deutung von Planetenbahnen
Und nicht durch allerhand Magie.
Das Schicksal läßt sich nicht erschleichen
Durch Horoskop und Tierkreiszeichen,
Durch Hokuspokus-Alchemie.

Das ist ein Tummelplatz für Tanten,
Für lendenlahme Gouvernanten,
Die klare Tatbestände hassen
Und sich in alten Hinterstuben
Aus König, Dame und zwei Buben
Die nächste Zukunft deuten lassen.

Das Jahr, das jetzt begann, will Realismus
Nicht Geisterspuk noch Spiritismus,
Das sind die Reste der verwesten Zeit,
Die Ausgeburten trüber Tröpfe.
Das Jahr verlangt die kühlsten Köpfe
Und Einsicht und Beharrlichkeit.

(Aus „Die Weltbühne")

Die Zeitschrift „Das Kunstwerk" (Verlag Waldemar Klein, Baden-Baden) brachte in ihrem Heft III/5 einen interessanten Beitrag von Dr. Gustav Faber über die eigenartige moderne Graphik Lateinamerikas. Den beigefügten Abbildungen ist der obige Holzschnitt der peruanischen Künstlerin Julia Codesido entnommen, der einen Indo-Hirten mit seiner Herde zeigt.

Ein Mann denkt nach

Erzählung von Helmut Haeckel

Da war ein Strom — und in den Strom hinein stachen von beiden Seiten der Ufer steinerne Zungen und zwangen das Wasser zu schnellerem Fluß.

Da saß ein Mensch auf einer dieser Zungen — dort, wo sie nach vorn in steiler Schräge im Wasser versinken.

Dieser Mensch, der dort hockte, sah auf seine Hände. Er schien aus der Zeit herausgenommen und ohne Leben zu sein. Sein stummes Dorthocken gehörte in die Landschaft wie der Stumpf der Pappel, der irgendwo am jenseitigen Ufer stand und über den Stamm hinausragte. — Und das Wasser floß stetig und eilig — und glucksend leckten die Wellen an den Steinquadern hoch, bissen sich in die Fugen dort, wo die Steine nicht dicht an dicht schlossen . . .

Da war ein Windstoß, kam aus der sinkenden Sonne, fegte über das Wasser, erfaßte eine Haarsträhne derart, daß sie dem Mann über die Stirne fiel, brachte das ruhige Gleichmaß der Wellen durcheinander und verklang in der Dämmerung und Weite der anderen Seite des Flusses. . . . Aber der Mensch rührte sich nicht, den Windstoß hatte er wohl überhaupt nicht wahrgenommen — sein Blick ging nicht in die Ferne, sondern seine Augen starrten unverwandt auf seine Hände, deren Umrisse in der hereinbrechenden Dunkelheit verwischten — versanken . . . und blieb nur ein schwacher Schimmer . . . und zwei winzige Hände, eigentlich kleine, geballte Fäuste, die auf einem weißleinernen Bezug lagen und den Mittelpunkt eines hellen Lichtkreises bildeten, der von einer Lampe herrührte. Und die prallen Fäuste, mit fleckiger Haut und faltigen Fingerchen waren das einzig Lebende. Sie quollen aus einem gestrickten Jäckchen hervor dessen Rand mit einem feinen, hellblauen Faden durchwirkt war, damit verratend, daß diese Händchen einem männlichen Wesen zugehörten. . . .

*

. . . Schon etwas geformtere und betontere Hände faßten nach den Stangen eines Gitters, das den Wirkungskreis des kleinen Menschleins begrenzte, umspannten die Holzstäbe und zogen daran. Diese jedoch blieben fest, dagegen folgte das Körperchen dieser Zugkraft und — o Wunder — stand zum erstenmal auf den eigenen Füßen . . . Und die schlanken Finger einer Mutterhand registrierten dies Ereignis und teilten es voller Stolz dem Vater mit, der irgendwo an der Front stand.

*

Eines Tages ruhten die Hände auf einer schwarzen Tafel — die Finger klemmen einen Stift mehr, als daß sie ihn halten. Und mühsam malen unbeholfene Hände Striche, während die Lippen dirigieren: „Auf — ab — auf — Pünktchen obendrauf!"

*

Die Hände lernen einen Hobel führen, lernen, wie man in strenger Arbeit Holz schneidet, leimt, sägt, zusammenfügt — lernen mit dem Zirkel umgehen und mit anderen Geräten — und lernen die Arbeit kennen — und den Feierabend — und lernen ein Bierglas halten und eine Zigarette drehen — und lernen sich in das Leben hinein . . .

Und tasten der Weichheit eines verträumten Mädchenantlitzes nach, das im Mondlicht mit geschlossenen Augen einen Kuß nahm und gab — streichen behutsam über seidige Locken, spüren in banger Scheu über knitternde Seide — unter der sich junge Brüste straffen — und lernen fordernd einen Mädchenleib umfassen . . .

*

Ueber die Wasser des Stromes scheinen tanzende Schemen zu jagen, die ohne Spiegelbild im Wasser bleiben . . .

Eine Wolke verdeckt den Mond und läßt nun sein Licht blau auf die Mole fallen — und das Glucksen der Wellen gleicht dem silbernen Geläut feiner Glöckchen . . .

. . . von den Händen schält sich die Haut, das Fleisch fällt ab, die Sehnen trocknen zusammen, und er starrt auf Knochenfinger — ein gelbleuchtendes Skelett . . . und der Tod scheint über dem Wasser zu stehen und mit leeren Augenhöhlen zuzusehen, wie Hände sich voller Angst in die Erde krallen, heute von glühendem Sand zerbissen und morgen von klirrendem Frost zerrissen — wie die gleichen Hände sich heute zu drohendem Fluche ballen und morgen sich in jagender Angst zum stammelnden Gebet verkrampfen — grinst darüber, daß die gleichen Hände, die heute sich behend alle Instrumente zu seinem Dienst bedienen, morgen ohne Kraft und müde nach letztem Eßbaren suchen — und der Tod ist gesättigt und wirft nur noch eine kurzen Blick dorthin, wo Hände sich voller Zorn von Auszeichnungen und Rangabzeichen lösen, die sie einstmals mit vor Erregung fiebernden Fingern anhefteten, um sie voller Stolz und Glauben zu tragen . . .

. . . Und die gleichen Hände hielten einen kleinen Buben hoch, sahen staunend dessen Fäustchen, gaben ihm ein Pferdchen und baten um sein Vertrauen . . .

Und die gleichen Hände griffen zum Werkzeug, bauten auf — und lernten wieder die Arbeit und den Feierabend — und waren der gesündeste Teil am Körper . . .

*

Da war ein Strom . . .

und auf einer der steinernen Molen saß ein Mann — unbeweglich — und schien aus der Zeit genommen zu sein —

und sein Blick kam von irgendo her, faßte eine helle Fläche, erzwang sich die Umrisse der Hände, griff mit diesen in das Wasser, erhob sich langsam und ging wie einer, der schwer zu tragen hat — zum Ufer — in die Nacht hinein, einem Morgen entgegen . . .

Professor Gallettis Kathederblüten

Prof. Johann Georg August Galletti, der von 1780 bis 1815 am Gymnasium zu Gotha tätig war, gilt als der Vater des unfreiwilligen Humors. In Ausübung seines Berufes leistete er sich eine derartige Anzahl von „Kathederblüten", daß er dadurch eine von ihm völlig ungewollte Berühmtheit erlangte. Von seinen Aussprüchen sprach man noch nach seinem Tode, man widmete ihnen sogar des öfteren eine gesammelte Veröffentlichung als Buch.

„Papa, ob die beiden wohl verheiratet sind?"

Hier einige seiner Kathederblüten:

Sämtliche Verbrecherinnen waren weiblichen Geschlechts.

Bei seinem Tode konnte Schiller auf ein Leben voller Ruhm und Herrlichkeit zurückblicken.

Nach der Völkerschlacht bei Leipzig sah man Pferde, denen drei, vier und noch mehr Beine abgeschossen waren, herrenlos herumlaufen.

Die Griechen zogen sich zurück, wobei jeder sich in seine Stadt zerstreute.

In Portugal fängt das Klima erst im Februar an.

Gotha ist nicht viel weiter von Erfurt entfernt, als Erfurt von Gotha.

Richard III. ließ alle seine Nachfolger hinrichten.

Es ist eine üble Gewohnheit, abends im Bette zu lesen, denn man hat Beispiele, daß mehrere Leute, die abends ihre Kerzen auszulöschen vergaßen, am Morgen, wenn sie aufwachten, verbrannt waren.

Die Geißelbrüder, die auch als Flagellanten ihr Unwesen trieben, waren eine Epidemie, die sich von den Anfängen des Mittelalters bis in die Ausläufer der Karpathen erstreckte.

Von Schiller besitzen wir zwei Schädel. Einer davon ist wahrscheinlich unecht, da Schiller überhaupt nur ein Alter von 46 Jahren erreicht hat.

Ich sehe wieder viele, die nicht da sind.

Was die Farbe des Mondes betrifft, so ist sie gewöhnlich groß.

Die Afghanen sind ein sehr gebirgiges Volk.

Die Wohlgerüche Arabiens werden oft genannt, aber wenn man hinkommt, sieht man nichts davon.

Als der Prophet Zacharias gestorben war, nahm er eine andere Lebensart an.

Sie, Jeschke, gehören überhaupt nicht unter anständige Menschen. Kommen Sie zu mir aufs Katheder!

Atomenergie – militärisch und politisch gewertet

Ein neues Buch des Atomspezialisten Prof. P. M. S. Blackett, „Militärische und politische Folgen der Atomenergie", ist das wesentlichste militärische Werk der Nachkriegszeit. Gestützt auf die offiziellen Untersuchungsberichte der USA, wertet Prof. Blackett die Erfahrung des zweiten Weltkrieges aus, zergliederte das gegenwärtige militärische Kräfteverhältnis in der Welt und untersuchte die Probleme der nahen Zukunft, aber auch die Möglichkeiten, sie zu lösen.

Seit dem Erscheinen dieses Buches in England wurde seine Verbreitung dort und in anderen Ländern von interessierten militärischen und politischen Kreisen behindert. Dennoch ist spürbar, daß es zu der in letzter Zeit nüchternen und realistischeren Einstellung führender Staatsmänner und weiter Kreise der Oeffentlichkeit gegenüber dem politischen Weltproblem beigetragen hat. Für deutsche Leser ist das Buch durch seine sachliche, militärische, politische und moralische Einschätzung der Hitlerischen Luftkriegsführung und der anglo-amerikanischen Bombenoffensive besonders interessant.

Das Wesentlichste in dem Buch Prof. Blacketts scheint uns, wie es aufweist, daß hysterische Angst um die Atombombe unbegründet ist. Wenn wir klar die Wirkung und die Grenzen der neuzeitlichen Massenvernichtungsmittel kennen, haben wir auch die Grundlagen, den künftigen Einsatz dieser Waffe zu verhindern und den Frieden zu sichern. Prof. Blackett zerstreut sachlich und logisch die Befüchtungen. Er zerstört damit auch die Hoffnungen derjenigen, die glauben, ein dritter Weltkrieg würde für sie neues Heil bringen. Er weist nacht, daß sich mit der Atombombe allein, obschon sie in der Kombinatin mit anderen militärischen Operationen große taktische Bedeutung haben kann, ein Krieg gegen eine Macht wie die Sowjetunion nicht gewinnen läßt, und daß ein Atombombenkrieg höchst langwierig, opfervoll und in seinem Ausgang durchaus problematisch sein würde. So trägt Prof. Blakkett wie kaum ein anderer Wissenschaftler vor ihm dazu bei, eine besonders reichlich fließende Gerücht- und Angst-Quelle um einen dritten Weltkrieg zum Versiegen zu bringen. Die Entwicklung in der jüngsten Zeit hat Prof Blackett recht gegeben. Er war 1948 der Meinung, daß in etwa 5 bis 10 Jahren auch die Sowjetunion über Atombomben verfügen würde.

Sie verfügte aber schon weit früher darüber und stand bereits im Jahre 1947 nicht mehr hinter den Vereinigten Staaten von Amerika zurück. Im Jahre 1949 brachte sie die Energie sogar zum ersten Male in der Geschichte der Menschheit zur friedlichen Anwendung. Die dabei notwendige planmäßige Lenkung der Wirkung ist schon rein technisch eine weit größere Leistung, als die bisherige militärische Anwendung durch die Amerikaner, bei denen es auf einige Menschenleben mehr oder weniger nicht ankam.

Die eingehende und sachliche Analyse der amerikanischen Vorschläge und der sowjetischen Gegenvorschläge in der UNO zur Kontrolle der Atomenergie, die Prof. Blackett in dem Buch gibt, führt zu einer gerechten Beurteilung der Frage der Kontrolle der Atomenergie. Blackett untersucht die Entstehungsgeschichte des amerikanischen Projekts, das der UNO vorgelegt wurde, und er kommt zu dem Ergebnis, daß es in dieser Form für die Sowjetunion unannehmbar war. Da Amerika in der Kommission in ihrer jetzigen Zusammensetzung stets über eine Mehrheit verfügen konnte, hätte sich die Sowjetunion mit ihrer Zustimmung zum Baruch-Plan in die Abhängigkeit der USA gebracht, und das kann ihr billigerweise niemand zumuten.

Die Wirkung der in Japan abgeworfenen Atombomben scheint viele Menschen derart beeindruckt zu haben, daß sie glauben, der Einsatz nur weniger Atombomben würde künftige Kriege entscheiden. Obwohl diese Ansicht sehr verbreitet ist, erwägt keine Großmacht ernsthaft deshalb irgendwelche Einschränkungen ihrer sonstigen Streitkräfte. Ein bekannter amerikanischer General äußerte sich über den Einsatz der Atombombe: „Sicher ist die Atombombe eine Waffe von umwälzender Bedeutung, aber sie ist keineswegs eine billige Waffe und hat ebenso wenig andere Waffen überflüssig gemacht Heer, Flotte und Luftwaffe müssen noch stärker sein, um die Stützpunkte zu halten, von denen aus die Atombombe eingesetzt werden soll."

In Amerika ist die Ueberzeugung weit verbreitet, daß jeder künftige Großkrieg sich hauptsächlich in Operationen zur gegenseitigen Zerstörung der Städte abspielen wird. Diese Auffassung, die sich scheinbar als so wohlbegründet erweist, ist aber darauf zurückzuführen, daß man in Amerika bisher noch nicht imstande war, die politischen und militärischen Lehren des zweiten Weltkrieges richtig zu verstehen. Teilweise scheinen sie eine psychiologische Reaktion darauf zu sein, daß Amerika und Großbritannien, die sich nach außen zu den humansten und friedlichsten Nationen der Welt zählen, die ersten gewesen sind, die zu dieser furchtbaren Waffe der Massenvernichtung im Bombenkrieg gegriffen haben.

Das in Halbleinen gebundene 300 Seiten starke und überaus lesenswerte Buch kostet 9.80 DM. „Das historische Kabinett" gab es im Buchverlag des Allgemeinen Deutschen Verlags heraus.

Die Erde hat einen Kometenschweif

Auf der letzten Tagung der Moskauer Sektion des Verbandes sowjetischer Astronomen wurde über eine Entdeckung berichtet, die nach jahrelangen Forschungen im Observatorium von Alma-Ata, der Hauptstadt von Kasachtan, gemacht wurde. Die sowjetischen Astronomen haben festgestellt, daß die Erde ein Komet mit einem gasförmigen Schweif ist, der in einer Länge von etwa 100 000 bis 125 000 Kilometern in entgegengesetzter Richtung zur Sonne steht. Diese Feststellung entkräftet die Theorie des amerikanischen Gelehrten Moulton und des schwedischen Wissenschaftlers Gulden, die versucht hatten, die mit dem Auge erkennbaren Flekken auf der der Sonne gegenüberliegenden Himmelsseite mit Anhäufungen von Meteoriten zu erklären. In Wirklichkeit ist dies der Kometenschweif der Erde.

Wie weit reicht die menschliche Stimme?

Die Tragweite der menschlichen Stimme hängt nicht etwa, wie man oft annimmt, von der Stärke des Organs allein ab. Im allgemeinen sind nämlich Frauenstimmen auf größere Entfernungen weit besser zu hören, als Männerstimmen (Ehemänner werden das bezeugen können!). Weiter sind von großer Wichtigkeit für die Tragweite einer Stimme Luftbeschaffenheit und Klima. Besonders gute Verständigungsmöglichkeit ist im Polargebiet vorhanden. Ein Polarforscher berichtet zum Beispiel, daß er sich mit einem Gefährten noch über zwei Kilometer Entfernung gut unterhalten konnte. Noch weiter reicht die menschliche Stimme unter Wasser. Bei Versuchen im Genfer See konnte noch auf 14 Kilometer Entfernung eine deutliche Verständigung erzielt werden.

Arzt: „Noch eine Frage, leiden Sie an starkem Durst?"

Patient: „Nein, so weit lasse ich es niemals kommen!"

*

„Seit einer Stunde schreit ihr Bengel. Warum lassen Sie ihn so schreien?"

„Wenn ich ihn nicht schreien lasse, schreit er noch mehr."

BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK Baden-Württemberg

KARLSRUHE

Kommandiert

Vor eineinhalb Jahren hat die Stadtverwaltung Karlsruhe mit der Gewerkschaft „Oeffentliche Dienste" eine Betriebsvereinbarung abgeschlossen, die sogar als verhältnismäßig fortschrittlich angesehen wird. Darin ist dem Betriebsrat bei den städtischen Dienststellen das Mitwirkungsrecht bei Entlassungen, Einstellungen und Versetzungen zugesichert. Es kommt aber nicht selten vor, daß sich die städtische Bürokratie darüber mit Leichtigkeit hinwegsetzt.

Dies ist wiederum bei einer Versetzung eines Beamten zum Wohnungsamt geschehen. Nun behauptet das Personalamt, daß diese Versetzung nicht mit der Betriebsvereinbarung im Gegensatz stehe, denn bei einer Kommandierung bräuchte der Betriebsrat nicht gehört zu werden.

Es wäre allerdings einfacher, wenn man wieder kommandieren könnte, wie einst im Dritten Reich. Die militärische Ausdrucksform scheint sich wieder einzubürgern. Wann wird endlich der Kommißgeist aus den sogenannten demokratischen Verwaltungen verbannt? Und wann wird die Stadtverwaltung eingegangene Verträge bis auf den letzten Punkt erfüllen? -i-

Schweres Autounglück

Karlsruhe (lwb). Am Wochenende ereignete sich auf der Autobahn Karlsruhe—Pforzheim ein schwerer Verkehrsunfall, bei dem zwei Personen schwer verletzt wurden. Ein amerikanischer Personenkraftwagen fuhr im Nebel in voller Fahrt auf einen Volkswagen, der wegen Motorschaden von zwei Insassen geschoben wurde. Bei dem Zusammenstoß erlitt der eine der Insassen eine lebensgefährliche Kopfverletzung, während dem anderen beide Beine so unglücklich gequetscht wurden, daß sie wahrscheinlich amputiert werden müssen.

Der Polizeibericht meldet:

Karlsruhe. In der Nacht öffneten Diebe in der Karlstraße den Schaukasten einer Textilfirma mittels Nachschlüssel und entwendeten daraus Kleidungsstücke im Werte von etwa 600 DM.

Ein 19jähriger Landwirtschaftslehrling konnte überführt werden, daß er seit November 1945 in der Techn. Hochschule 12 Mäntel gestohlen hatte. Auch den Diebstahl eines Rucksackes am hiesigen Bahnhof und einen weiteren Manteldiebstahl in der Landwirtschaftsschule mußte er zugeben. All diese gestohlenen Kleidungsstücke hatte er im An- und Verkaufsgeschäft Drost verkaufen können, wo noch ein Teil davon sichergestellt werden konnte.

Auf der Karl-Wilhelm-Straße wurde eine Fußgängerin, die vor einem haltenden Omnibus die Fahrbahn überschreiten wollte, von einem vorbeifahrenden Personenkraftwagen angefahren und zu Boden geschleudert. Sie erlitt hierbei eine Gehirnerschütterung und Schürfwunden.

Karlsruher Eisenbahner fordern Aufhebung der 6%igen Gehaltskürzung

Karlsruhe (lwb). Die Karlsruher Eisenbahner forderten am Wochenende auf einer Kundgebung die Aufhebung der 6prozentigen Gehaltskürzung aus der Brüningschen Notverordnung. In einer Entschließung wurde der Bundestag aufgefordert, durch ein Gesetz für Schiene, Straße und Binnenschiffahrt die gleichen Wettbewerbsbedingungen zu schaffen. Die Industriegewerkschaft der Eisenbahner Deutschlands wird in der Entschließung als die alleinige Interessenvertretung der Arbeitnehmer der Bundesbahn bezeichnet. Bundestagsabgeordneter Oskar Rümmele vertrat den Standpunkt, daß die Eisenbahn in den nächsten 30 Jahren vom Lastwagenverkehr erdrückt werde, wenn sich keine geschlossene Organisation für die Erhaltung des Güterverkehrs der Eisenbahn einsetze.

Veranstaltungen der KPD Karlsruhe

Karlsruhe. Betriebsgruppe IWK. Freitag, 20. Januar 1950, 16.30 Uhr, in der „Stadt Baden", Mitgliederversammlung.

Mühlburg. Freitag, 20. Januar 1950, 20 Uhr, in der „Brunnenstube", Schulungsabend.

Unter Ausschluß der Oeffentlichkeit

Landesbezirksdirektor der Finanzen Amend kommt vor die Spruchkammer

Karlsruhe. Am 25. Januar muß Landesdirektor der Finanzen, Amend, vor der Zentralspruchkammer erscheinen. Es war nicht leicht, die Tatsache selbst und dann noch den Termin in Erfahrung zu bringen, denn die Verhandlung wird unter Ausschluß der Oeffentlichkeit durchgeführt. Herr Amend soll Frage- oder Meldebogenfälschung begangen und seine Zugehörigkeit zur SA verschwiegen haben.

Es ist im Westen Deutschlands nichts außerordentlich erschütterndes, wenn selbst ein hoher Regierungsfunktionär mit der Entnazifizierung in Konflikt kommt. Nicht viele der hohen CDU-Garde in Nordbaden können sich rühmen, im Nazireich völlig tabu gewesen zu sein.

Interessant ist vor allem der Versuch, diese Angelegenheit so ganz geheim abzuwickeln. Und noch interessanter wird die Geschichte, wenn man erfährt, daß eines Tages der Herr Landesdirektor in den Räumen der Spruchkammer erschien und die Drohung ausstieß, daß er noch mit dieser Gesellschaft (der Spruchkammer) aufräumen wird. Jedes kleine Mitläuferlein muß sich bei seiner Verhandlung öffentlich präsentieren. Herrn Amend wird dies aus Gründen der „Staatsraison" erspart.

Wer hat hier interveniert und seinen Einfluß geltend gemacht? Oder sollte man bei der Spruchkammer schon einen solchen heiligen Respekt vor Ministerialbürokraten haben, daß man nicht wagt, sie wie gewöhnliche angebräunte Staatsbürger zu behandeln? Wie heißt es in unserer Verfassung? Ohne Ansehen von Person, Rasse, Religion etc....

Nun Herr Amend ist ein rassenreiner CDU-Mann und nicht schlechter und besser wie die meisten seiner gleichgearteten Kollegen. Wir sind nur gespannt auf die Veröffentlichung des Spruches. Oder wird man auch darüber den Mantel des Schweigens breiten? Jedenfalls wird man wahrscheinlich nach dem 25. Januar von gewisser Seite im Brustton der Ueberzeugung behaupten, daß unsere Landesdirektoren nur ehrenwerte Leute sind. -i-

Riesige Mengen Wein an Nachtlokale verschoben

Kompensationsgeschäfte waren im Landwirtschaftsministerium an der Tagesordnung

Stuttgart. Gegen den Leiter der Weinabteilung des Ministeriums in Stuttgart läuft gegenwärtig ein Verfahren, in dem diesem zur Last gelegt wird, von 1946 bis 1947 erhebliche Mengen an Wein und Spirituosen verschoben zu haben. Wie der in dem Prozeß als Zeuge auftretende Staatsanwalt Desczik erklärte, handle es sich bei diesem Fall nur um einen von vielen. **Neben Krämer, dem jetzigen Leiter der Weinabteilung des Ministeriums hat auch dessen Vorgänger, Etheimer, 1945 bis 1946 größere Mengen an Wein und Spirituosen an Nachtlokale verschoben.** Im Verlaufe der Sitzung konnte des näheren festgestellt werden, daß Etheimer z. B. allein an eine Firma 5800 Flaschen Wein ausliefern ließ, ohne dies im Ministerium zu buchen. Etheimers Nachfolger, Krämer, habe, so ergibt sich aus der Anklage, **für persönliche Zwecke Wein gegen Geschirr und Möbel kompensiert.** Nach seinem Ausscheiden aus dem Ministerium im August 1948 habe sich Krämer mit erheblichem Kapital an einer Fischfirma beteiligen können, deren Umsatz monatlich mehrere hunderttausend Mark betrug. Da Krämer nur ein Monatsgehalt von 550 DM bezogen hatte, wurde von seiten der Anklagevertretung bezweifelt, daß er die fragliche Summe in der verhältnismäßig kurzen Zeit seiner Anstellung im Landwirtschaftsministerium auf „normalem Wege" erworben habe.

HEIDELBERG

Kundgebung gegen Wiederaufrüstung

Heidelberg. Die Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes (VVN), Kreisstelle Heidelberg, fordert ihre Mitglieder und Freunde auf, ebenfalls an dieser Kundgebung, die von der Deutschen Friedensgesellschaft und angeschlossenen Organisationen einberufen wurde, teilzunehmen.

Die Kundgebung findet am Freitag, den 20. Januar 1950, um 19,45 Uhr, im Hörsaal der Neuen Universität (Eingang Seminarstraße) statt.

Bundesbahn hält jetzt im Pfaffengrund

Heidelberg. Ab 23. Januar 1950 wird die Bundesbahn am Industriegelände Heidelberg-Pfaffengrund einen Haltepunkt einrichten. Damit ist den Wünschen der dort wohnenden Arbeiterschaft Rechnung getragen worden.

Eine Fahrkartenausgabe ist ebenfalls eingerichtet worden, an der Karten für Personenzüge der Strecke Heidelberg—Schwetzingen, sowie nach Hockenheim, Mannheim-Rheinau und Neckarau gelöst werden können. Außerdem werden noch drei weitere Züge auf dieser Strecke eingelegt. Mit dem Bau einer massiven Wartehalle soll in absehbarer Zeit begonnen werden.

... nahmen einige Flaschen Likör mit

Heidelberg. Am vergangenen Wochenende wurden aus dem Kiosk am Eichendorffplatz in Heidelberg-Rohrbach nachts durch unbekannte Täter einige Flaschen Likör gestohlen, nachdem vorher das Fenster eingeschlagen wurde. Der Bestohlene ist ein Schwerkriegsbeschädigter, so daß ihn und seine Familie der Verlust besonders schwer trifft.

Sinfoniekonzert des Pfalzorchesters

Heidelberg. Unter Leitung von Generalmusikdirektor Bernhard Conz findet am Montag, den 23. Januar, ein Sinfoniekonzert des Pfalzorchesters statt, das Werke von Bach, Mendelssohn und Bruckner zur Aufführung bringt. Solist ist der 12jährige Walter Hock.

Sommertagszug eingeführt

Bruchsal (lwb). In Bruchsal wird am 7. Mai zum ersten Mal seit 12 Jahren ein Sommertagszug stattfinden. Für die kommenden Jahre wurde jeweils der erste Sonntag im Mai für den Sommertagszug festgesetzt.

Enttäuschung über die Steuerreform

„Die Deutsche Angestellten-Gewerkschaft hat die Bundesregierung, den Bundesrat und die Fraktionen des Bundestages gebeten, die Interessen der Arbeitnehmer im Sinne der nachstehenden Erklärung zu vertreten:

Die Deutsche Angestellten-Gewerkschaft nimmt mit wachsendem Befremden von der Entwicklung der Steuerreform Kenntnis. Der Regierungsvorschlag zur Aenderung des Einkommensteuergesetzes und die darüber hinausgehenden Aenderungsvorschläge des Bundesrates stoßen auf die entschiedene Ablehnung der Deutschen Angestellten-Gewerkschaft. Sie stellen nicht nur eine bittere Enttäuschung für die Mehrzahl der Arbeitnehmer dar, sondern eine offenkundige Schlechterstellung der vom Kriege am schwersten Betroffenen, für die die Steuererleichterung überwiegend die einzige Form des Lastenausgleichs ist.

Das Vertrauen in die Glaubwürdigkeit einer Regierungserklärung müßte durch die Verleugnung der darin vertretenen Grundsätze in der Praxis aufs schwerste erschüttert werden. Die Deutsche Angestellten-Gewerkschaft appelliert an die Bundesregierung und den Bundesrat, weniger unsoziale und dem Aufbau besser dienende Wege zur Ueberwindung der finanziellen Schwierigkeiten zu finden. An die Bundestagsabgeordneten appelliert sie, ein Unrecht verhindern zu helfen und dem Standpunkt der DAG beizutreten."

Veranstaltungen der KPD Heidelberg

Mittelstadt. Freitag, 20. Januar 1950, 20 Uhr, in der „Karlsburg", Mitgliederversammlung.

Blick in das kulturelle Leben

Josef Krips dirigiert

das 4. Symphoniekonzert der Bad. Staatskapelle

Karlsruhe. Als der Schreiber dieser Zeilen vor etwa 20 Jahren sein erstes Symphoniekonzert erleben durfte, war er derart beeindruckt, daß er sich sogar vornahm, die verhaßten Klavierétuden fleißiger zu üben. Der Zauber absoluter Musik hatte ihn ergriffen und dieser Zauber war mit dem Namen Josef Krips zu einer untrennbaren Einheit verbunden. Zu jener Zeit war Krips Generalmusikdirektor am Bad. Landestheater in Karlsruhe, wo er bis zum Einbruch der Finsternis 1933 wirkte.

Wie seine Kollegen Walter, Kleiber, Blech und Klemperer wurde auch er Opfer des nazistischen Kulturterrors. Zunächst kehrte er in seine Heimatstadt Wien zurück. Nach dem Anschluß mußte er seine Tätigkeit an der Wiener Musikakademie aufgeben und zog nach Belgrad. Auch dort machte die deutsche Besetzung seinem öffentlichen Wirken ein Ende. So war der große Interpret bis zum Jahre 1945 zum Schweigen verurteilt.

Heute ist der Ruf Josef Krips' durch seine außerordentlichen Leistungen bei den Salzburger Festspielen, durch die Konzertreisen mit den Wiener Philharmonikern ins Ausland — die ihn bis nach der Sowjetunion führten — und durch die Tätigkeit an der weltberühmten Wiener Staatsoper zu einem internationalen Begriff geworden. Das Karlsruher Publikum erwies sich durch eine begeisterte Aufnahme dieses erlesenen Besuchers würdig.

Schon die Interpretation von Schumanns 4. Sinfonie zeigte die offenkundige Beherrschung des Orchesters durch den Dirigenten, der mit diesem schwärmerisch jugendlich-ungestümen Werk das Publikum in seinen Bann zog. Das Ideal der lebensvollen Nachschöpfung, das dem modernen Dirigenten seine Bedeutung verleiht, wurde mit leidenschaftlich persönlicher Pose durch Krips erneut veranschaulicht. Krips, der auswendig dirigierte, äußerte seine heftige Natur nicht nur durch straffes Herausheben der Einsätze, sondern belebte den gesamten Klangapparat sogar durch phonetische Zeichengebung, die seiner Musiker-Impulsivität sichtbar unbewußt entsprang. Mit einem nahezu dämonischen Musikwillen steigerte der Pultvirtuose Beethovens 7. Symphonie zur wahrhaften „Apotheose des Tanzes".

Die dionysische Welt dieses thematischen Kräftespiels wurde durch eine einzigartige, unbändige Begeisterung des Dirigenten zu voller Klangsinnlichkeit gesteigert, eine Enthüllung Beethovenscher Leidenschaftlichkeit, wie wir sie selten erlebten. Jede einzelne Orchesterstimme, die der vehementen Kripsschen Gebärdensprache folgte, war intensiviert, durchglüht und doch der großen Linie untergeordnet.

Der Pianist Ed. Erdmann, der in Mozarts D-Moll Klavierkonzert den Solopart übernahm, zeigte scharfen Stilsinn, empfindungsvolle Intuition und technische Souveränität.

Dieses Konzert wurde ein unvergeßliches Erlebnis. Unser Orchester erblühte unter den Meisterhänden von Krips zu ungeahnter Ausdruckskraft und bewies, daß theatralische Gesten und innerliche Musikbeseelung doch nicht dasselbe sind. Aber Krips ist nicht nur Orchesterleiter; er kann darüber hinaus als Erzieher gewertet werden, der durch seine leicht verständliche Durchleuchtung der sinfonischen Musik auch die zu gewinnen vermag, die ihr bisher noch ferne standen. -lf-

Erster Vortrag

„Arbeitsgemeinschaft für kunstgeschichtliche Lichtbildervorträge" Heidelberg

Heidelberg (lwb). Die vor einiger Zeit ins Leben gerufene „Arbeitsgemeinschaft für kunstgeschichtliche Lichtbildervorträge" in Heidelberg eröffnete am Montag die Reihe ihrer Veranstaltungen mit einem Lichtbildervortrag des Direktors des Zentralinstitutes für Kunstgeschichte in München, Prof. Dr. L. H. Heydenreich über „Leonardo da Vinci im Lichte neuer Forschung".

Prof. Heydenreich, der als einer der besten Kenner der Forschung über Leonardo da Vinci gilt, gab in seinem beifällig aufgenommenen Vortrag Beispiele aus dem Schaffen des großen Genies, das in seinen Werken künstlerisches Erkennen mit wissenschaftlicher Erkenntnis verbunden habe.

Die „Arbeitsgemeinschaft für kunstgeschichtliche Lichtbildervorträge", der der Heidelberger Kunstverein, das Kurpfälzische Museum, der Heidelberger Kulturbund sowie das Kunsthistorische und das Archäologische Institut der Universität Heidelberg angehören, beabsichtigt nach den Worten ihres Schöpfers, Dr. Hartlaub, weitere anerkannte Autoritäten aus Deutschland und dem Ausland für Vorträge zu gewinnen.

UMSCHAU IM LANDE

Ein zweiter Gerichtsvollzieher notwendig

Heidenheim. In dem Industriekreis Heidenheim wurde der Gerichtsvollzieher in den letzten neun Monaten nicht weniger als 2000mal benötigt. Seine Aufgaben stiegen so sehr an, daß bei der Gerichtsvollzieherstelle nunmehr ein zweiter Beamter eingestellt werden mußte.

In erster Linie wurde der Gerichtsvollzieher bei Hausratteilungen benötigt, die auf Grund von Ehescheidungen angeordnet werden mußten. Auch die Nichtgewährung von Krediten an Flüchtlingsbetriebe brachten zahlreiche Neubürgerfirmen in finanzielle Schwierigkeiten und dadurch in Berührung mit dem Gerichtsvollzieher.

Amerikanischer Offizier fuhr drei Deutsche tot

Heidelberg (lwb). Gegen den in Heidelberg stationierten amerikanischen Oberleutnant David W. Tucker ist eine militärgerichtliche Untersuchung eingeleitet worden.

Tucker hatte in der Nähe von Kaiserslautern mit seinem Kraftwagen einen Verkehrsunfall verursacht, bei dem 3 Deutsche getötet und einer schwer verletzt wurde. Er soll mit zu hoher Geschwindigkeit gefahren sein.

War es ein amerikanischer Wagen, aus dem geschossen wurde?

Wiesloch. Bei der Tankstelle in Wiesloch wurde am Sonntagabend ein Mädchen aus einem vorbeifahrenden Auto angeschossen, so daß ihr in der Klinik aus dem Oberschenkel eine Kugel operativ entfernt werden mußte. Das Mädchen nimmt an, daß es sich um einen amerikanischen Wagen handelt, aus dem geschossen wurde.

Bankdirektor ergaunert 20 000 DM

Pforzheim (lwb). Der frühere Bankdirektor Otto Figlowsky ist kürzlich in Neuenburg festgenommen worden. Der 61jährige Bankdirektor, der aus der Tschechoslowakei ausgewiesen worden war, trat in den letzten Monaten an Personen in Neuenburg und im Enztal mit dem Angebot heran, gegen einen gewissen Prämieneinsatz den Ankauf guter Aktien vermitteln zu wollen. Auf diese Weise erschwindelte er sich eine Summe von insgesamt 20000 D-Mark.

Fastnacht in „erträglichem Maß"

Mosbach (lwb). Der Kreistag des Landkreises Mosbach hat den Landrat beauftragt, im Hinblick auf die wirtschaftliche Notlage des Kreises dafür zu sorgen, daß die Fastnachtveranstaltungen ein „erträgliches Maß nicht überschreiten.

Toto Tipps

Tippe im Lande!

Liebe Tipfreunde!

Etwas Fürchterliches ist passiert! Toto-Annahmestellen in Mannheim haben Wettscheine für den Toto von Rheinland-Pfalz entgegengenommen und damit der Konkurrenz Vorschub geleistet. Bei einer „überraschenden Kontrolle" wurde dieser erschütternde Tatbestand festgestellt. Die Grundfesten der föderalistischen Bundesrepublik kommen ins Wanken. Die Tipfreunde von Württemberg-Baden haben die vaterländische Pflicht, ihr Tipgeld nicht in das rheinland-pfälzische Ausland zu verplempern. Außerdem sind solche Seitensprünge über den Rhein in ein anderes Toto-Land streng verboten „auf Grund des Gesetzes Nr. 527 für Württemberg-Baden in Verbindung mit dem Rennwett- und Lotteriegesetz von 1922." Wir könnten da ganz „unangenehme Ueberraschungen" erleben und unsere Tipgelder könnten sogar eingezogen werden, wenn wir beim Nebenaustippen erwischt werden. Der arme württembergische Toto braucht jeden Pfennig seiner unentwegten und unbelehrbaren Tip-Kundschaft. Die Wetter verlangen überhaupt zu viel: 50 Prozent vom Umsatz. Was bleibt denn da für die „Bewirtschaftung" und die notleidenden Annahmestellen? Und da wollen württemberg-badische Tipper noch Geld in das pfälzische Ausland tragen? Zwar, der Sport kennt keine Grenzen aber beim Sport-Toto ist das anders. Dieser Warnung an unsere Tippfreunde müssen wir eine weitere hinzufügen, wenn wir an den vorliegenden Wettschein denken.

Wem sein Geld lieb ist, der lasse diesmal die Finger vom Toto, denn er führt uns in ziemlich unbekannte Gegenden. Länderspiele sind mit besonderer Vorsicht zu genießen, denn man weiß nie, ob die für die Mannschaftsaufstellungen Verantwortlichen die richtige Promenadenmischung herausfinden werden. Auf dem grünen Rasen sehen die Aufstellungen dann meistens anders aus als vorher auf dem Zeitungspapier. In Ludwigshafen werden die Pfälzer Krischer den Runds-tück-Essern von Hamburg an der Elbe etwas vorwirbeln, aber die Männer von der Waterkant sind sturmerprobt und die Männer um Fritz Walter werden bald merken, daß Tore gegen Kürenz und Tore gegen Hamburg zwei Paar Schießstiebel sind. In München werden die Männer aus Nieder-, Ober- und Zuwachs-Bayern mit den Männer aus Niedersachsen einen Schuhplattler tanzen. Hoffentlich wird es kein solcher Watschentanz wie im vergangenen Sommer am gleichen Ort. Pokalspiele haben die Annehmlichkeit für Tipper, daß sie nicht unentschieden ausgehen dürfen. Wir ersparen also die Nullen und machen bei München eine Eins und bei Ludwigshafen eine Zwei mit Fragezeichen.

Unsere süddeutsche Oberliga gibt uns diesmal nur vier Nüsse zum Knacken auf und die härteste davon präsentiert uns Mannheim. Die Mühlburger haben voriges Jahr in Mannheim das Rennen gemacht und die Mannheimer haben sich dafür erst kürzlich in Mühlburg revanchiert. Diesmal geht es nun um den Trostpreis, denn der erste Preis ist schon bei Fürth. Die Rasenden vom Brauereiplatz werden mit eingelegter Lanze gegen das Mühlburger Bollwerk anrennen und sie werden es umwerfen, denn es winkt der 2. Platz — vor dem Lokalrivalen Waldhof! Wenn das nicht zieht...

Der Regensburger Jahn hat zwar dem Deutschen Meister am letzten Sonntag das Fell über die Ohren gezogen aber in Stuttgart wird nicht gestrudelt und der VfB ist seinen Anhängern einen Sieg schuldig. Am Bornheimer Hang hat bisher noch kein Gast gegen den FSV gewonnen und mit dieser Tradition werden auch die Stuttgarter Kickers nicht brechen können, trotz ihrem 5:1-Sieg im Vorspiel. Rache ist süß! Die Frankfurter Eintracht konnte schon vor 5 Monaten daheim gegen den Club nicht gewinnen und in Nürnberg müßte es nun erst recht ausgeschlossen sein. Wer aber auf hohen Toto-Gewinn spekuliert, könnte gerade bei der Eintracht auf seine Kosten kommen.

Das Spiel Horst gegen Erkenschwick fällt aus. Der deutsche Altmeister in Hannover ist sehr wetterwendisch, genau so wie sein Kollege Holstein Kiel. Ein Remis liegt in der Luft. Tübingen wird von dem Kinnhaken in Freiburg noch etwas benommen sein und könnte in Ebingen sehr wahrscheinlich einen weiteren KO erleben. Feudenheim hat sich gegen Neckarau besonders in die Riemen gelegt und auf solche Sonderleistungen folgt meist ein Rückschlag. In Brötzingen könnte dafür gesorgt sein. Brüderlich teilte man beim Vorspiel in Zuffenhausen, diesmal haben die Sportfreunde in Stuttgart Aussicht auf ungeteilte Freude. Viernheim ist immer noch ein schwerer Brocken und gerade für den Meister aus Pforzheim schwer verdaulich, wie bereits das 1:1 bezeugte. Die Pforzebacher werden zufrieden sein, wenn sie bei den badischen Hessen abermals mit einem blauen Auge davonkommen. Ulm und Trossingen sind Favorit bei den Ersatzspielen.

Verein für Volkstümlichen Wassersport

Am Samstag, 21. Januar, begeht der Verein die mit einer Jubilar-Ehrung verbundene Weihe seines Vereinshauses.

Versehrtensport in Mannheim

Dem Beispiel anderer Städte folgend beabsichtigen Mannheimer Versehrte nun auch hier zur Bildung einer **Versehrten-Sportabteilung** zu schreiten. Es ist dabei an eine Zusammenfassung der Körperversehrten des Stadt- und Landkreises Mannheim gedacht. Eine erste Zusammenkunft findet am kommenden Samstag, den 21. Januar 1950, nachmittags 16.30 Uhr, im Vereinshaus der Sportgemeinschaft Mannheim statt. (Straßenbahnlinien 10 und 16, Haltestelle Sellweide).

FC Eutingen — VfR Pforzheim 6:1

Der VfR hatte in diesem Spiel nicht zu bestellen. Bereits nach einer Viertelstunde hieß es 2:0 für Eutingen durch zwei von Mittelläufer Neuweiler verwandelte Freistöße. Dann folgten rasch hintereinander drei Tore durch die Außenstürmer Eutingens und Neuweiler machte nach einer halben Stunde durch den dritten verwandelten Freistoß das halbe Dutzend voll. Erst dann kam der VfR durch Fechter zum einzigen Tor. Nach der Pause wurde an dem Ergebnis nichts mehr geändert.

Sportliches Allerlei

Im Rahmen einer Werbeveranstaltung für den Rugbysport werden sich am 12. Februar in Pforzheim der deutsche Rugbymeister SC Neuenheim und eine kombinierte Heidelberger Mannschaft gegenüberstehen.

Bei der letzten Toto-Ausschüttung wurden an 11 Vereine des Sportkreises Pforzheim insgesamt 17 000,— DM ausgeschüttet. Es handelt sich hierbei um Darlehen des Badischen Sportbundes, die von den Vereinen amortisiert werden sollen.

BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK
Baden-Württemberg